

Ärger mit dem Finanzamt: Welche Anwälte am besten helfen

DAS MODERNE NACHRICHTENMAGAZIN

FOCUS

Nr. 46 15. November 1993 4 DM

Wie Deutschland zu retten ist

30 erfolgreiche
Manager und
Unternehmer
packen mit an



WEHRAUSGLEICH



Blüm: Auch die Frauen zum Dienst einziehen

SPARZWANG

Politiker planen Revolution: Lohnt es sich noch, Beamter zu sein?



Chefredakteur Helmut Markwort

Altes Stück mit neuen Schurken

MONTAG

Fortschritte in der Juristenpost. Zwar wollen immer noch Anwälte unsere Serie verbieten, schicken aber wenigstens nicht gleich Rechnungen mit.

Andererseits begrüßen jetzt schon mehr Juristen unsere Empfehlungen. Sie haben Verständnis für Mandanten, die zwar zahlen müssen, aber aufgrund des geltenden Standesrechts nur wenig Informationen über Anwälte und deren Erfahrungen erhalten.

Darüber sind sich nämlich alle einig: In vielen Fällen ist der Spezialist nützlicher als der Anwalt um die Ecke.

DIENSTAG

Neue Indizien gegen Björn Engholm. Immer mehr Einzelheiten deuten darauf hin, daß seine erste Lüge nicht seine letzte war. Vielleicht muß er zugeben, daß er schon zwei Monate früher als bisher bekannt von den Intrigen gegen sich wußte.

Dann müssen wir ihn nicht nur für die beste Nebenrolle vorschlagen, dann hat er die Nominierung für eine Hauptrolle verdient. Das Stück ist schon gedreht, einzelne Szenen müssen nur neu geschnitten werden.

Barschel und Engholm spielen wie in



Wer wußte was worüber?: Bartschel und Engholm brauchen neue Untertitel

der ersten Fassung die Hauptrollen, aber diesmal bleibt offen, wer der größere Schauspieler ist. Engholm spricht nach wie vor die Texte des erst Unwissenden, dann Getäuschten und

zuletzt Entrüstedten, aber wir Zuschauer sind jetzt schlauer als vor sechs Jahren. Weil wir wissen, an welchen Stellen er den Ahnungslosen nur gemimt hat, erkennen wir hinter seinem naiven Parsifal den abgefäimten Tartuffe.

Pfeiffer bleibt der Auftragsintrigant, aber wer zieht wirklich an seinen Strippen? Schlüsselsätze spricht der Parteisoldat Nilius, wenn er sagt, er habe seinen Chef schon deswegen nicht einweihen können, weil der Empfindsame sonst Wahlkampf und Fernsehdiskussionen nicht durchgestanden hätte. Falsch gebrüllt, Löwe. Engholm hat das Schmierstück überzeugend durchgestanden. Die Glanzleistung ruht im NDR-Archiv. Eine Wiederholung wäre kostengünstig.

MITTWOCH

Spannender Flug von Bonn nach München: Der Passagier neben mir liest FOCUS. Vorsichtig beobachten, damit er nicht irritiert wird. Unauffällige Notizen, wo er blättert, wann er hängenbleibt, und was er gründlich liest.

Ziemlich lange studiert er die Kritik an Weizsäcker und offenbar jedes Wort über Kopfschmerzen. Entweder er arbeitet in der Autobranche, oder er beabsichtigt, ein Auto zu kaufen. Auf den Auto-Anzeigen verharret er, als hätte er sie erfunden. Im Kulturteil liest er nur Bildtexte und Vorspanne, vergleicht aber ein paar Seiten weiter genau die Preise der Handtelefone. Er tippt Zahlen in einen Rechner.

Beim Beginn des Wirtschaftsteils müssen wir leider landen. Er packt sein Magazin in den Aktenkoffer und dreht am Nummernschloß. Nie werde ich erfahren, wie stark er sich für Geldanlagen und Außenpolitik interessiert.

FREITAG

Wegen Bonner Parteitricks fehlen diesem Land noch immer der Generalbundesanwalt, der Präsident des Bundesrechnungshofs und ein Verfassungsrichter.

Deutschland

- a 18 Blüm: Neue Ideen gegen Arbeitslosigkeit, für allgemeine Dienstpflicht
- 22 SPD: Scharping auf dem Prüfstand. Interview mit Gerhard Schröder
- 26 Hamburg: Voscheraus Winkelzüge
- 27 Bundespräsident: Alles läuft auf Roman Herzog zu
- 28 Lauschangriff: Was die Politiker alles ändern wollen
- 33 Schweinepest: Gesunde Tiere in die Mehlfabrik
- 34 Barschel: Neue Erkenntnisse
- 37 Honecker: Fürstlicher Alterssitz
Presse: Politiker schützen sich
- 38 Diebstahl: Supermärkte schließen in den Schulpausen
- 42 Pro & Contra: Sollen Stasi-Akten unter Verschluss?
- 44 RAF: Terroristen an der langen Leine der DDR-Schergen
- 50 Weizsäcker: Meister des Dementis
- a 52 Beamte: Geld nach Leistung und Stellenabbau
- 62 Standpunkt: Keine Freude über Heitmann bei CDU-MdB Eylmann
- 64 Kirche: Thesenpapier der Bischöfe zur Massenarbeitslosigkeit
- 66 Sabotage: Krieg der Gleitschirm-Hersteller
- 70 Spionage: Stasi-Tarantel im Büro des „Spiegel“
- 78 Interview: Heitmann will Auseinandersetzung mit DDR-Vergangenheit
- 80 Studie: Selbst leichte Unfälle gefährden die Psyche
- 82 Medizin: Röntgenbilder als Karte
- 84 Geheimdienste: Kanzleramt und BND im Clinch
- 86 Profile

Kultur

- 102 Paris: Grand Louvre - das größte Museum der Welt
- 106 Essay: André Glucksmann über die rot-braune Front
- 110 Wien: Neues jüdisches Museum
- 112 Literatur: Newcomer Ulrich Woelk
- 114 Akzente: Martin Scorseses Film „Zeit der Unschuld“ u. a.
- 117 Bestseller: Bücher, Kino-Hitliste
- 118 Galerie

Forschung & Technik

- 122 Interaktives TV: Ab nächstem Jahr gibt es Fernsehen zum Mitmachen
- 132 Aids-Test: Neuer HIV-Nachweis

a Titelt Themen sind im Inhaltsverzeichnis mit rotem Pfeil gekennzeichnet

- 134 Kernwaffen: Russische Atomforscher brechen ihr Schweigen
- 138 Mercedes: Erster VAN mit Stern
- 144 Perspektiven

Modernes Leben

- 148 Modelleisenbahn: Die rasende Leidenschaft von Deutschlands Männern
- 154 Feminismus: Positive Bilanz
- 156 Knochen: Dubioser Skelett-Handel
- 160 Kochen: Rezepte anno 1350
- 162 Reise: Salzburger gegen Touristen
- 164 Königshäuser: Di's Fitneß-Affäre
- 166 Fußball: Die strategische Allianz von Berti Vogts und Lothar Matthäus
- 168 Boulevard

Medien

- 172 Interview: Ted Turner über das internationale Nachrichtengeschäft
- 176 Fernsehen: Ärger wegen Arte

Wirtschaft

- a 180 Wirtschaftskrise: 30 Unternehmer und Manager sagen, wie Deutschland noch zu retten ist
- 190 Subventionsbetrug: EG-Kommission bekämpft die schwarzen Schafe
- a 194 Rechts-Serie III: Die besten Anwälte - Steuerrecht
- 200 Audi: Standort Neckarsulm in Gefahr
- 204 Geldmarkt: Aktiensparen via Fonds
- 206 Krankenversicherung: Kampf der Kassen
- 208 Karriere: Die Abschlüsse an privaten Busineß-Schulen finden Anerkennung
- 210 Marktplatz

Ausland

- 214 EG: „Modell England“ treibt die Gemeinschaft in Sozialkämpfe
- 218 Standpunkt: Michel Tatu über die russische Militärdoktrin
- 220 Venedig: Angst vor Novemberflut
- 222 Bosnien: Bruderkrieg unter Muslims
- 224 Interview: Bosniens Vize Ganić
- 228 Türkei: Kein Ende des Kurdenkriegs
- 229 Interview: Parlamentspräsident Cindoruk zur Kurdenfrage
- 230 Globus

Rubriken

- 8 Foto der Woche • 11 Periskop • 90 Reportage: Adieu Liberté - Neues Asylrecht in Frankreich • 98 Brennpunkt: Migration • 209 Impressum • 233 Briefe • 238 Kalendarium



172 Tycoon Turner

CNN-Gründer Ted Turner, schillernde Figur des Medien-Busineß, spricht über seinen Nachrichtensender, die Konkurrenz und die Zukunft der TV-Unterhaltung



52 Aussterbende Spezies

Beginnt das große „Beamtensterben“? Politiker planen eine Revolution: Deutschlands Staatsdiener stehen vor dem Verlust ihrer Privilegien



214 Gefahr für Europa

In Europa wächst die Angst vor Armut und Arbeitslosigkeit. Die Entwicklung der Europäischen Union ist in Gefahr



180 Deutschland retten

Die Lage ist ernst, die Regierung kraftlos. Nur mit der Wirtschaft ist die Wende zu bewirken. 30 erfolgreiche Manager und Unternehmer setzen neue Prioritäten

Fest im Griff 90

Unter dem Vorwand, Frankreichs Gesetze an EG-Recht anzugleichen, geht die Regierung nun besonders hart gegen Ausländer vor. Reportage aus Paris



18 Blüm packt an

Bonnens dienstältester Minister Norbert Blüm hat erkannt: Arbeitslosigkeit ist das zentrale Wahlkampfthema 1994. In seinem neuen Strategiepapier fordert er u. a. die Dienstpflicht für Frauen





MAUER DER ANKLAGE

Eine Mauer der Anklage haben kroatische Vertriebene aus Ziegelsteinen rund um das UNO-Hauptquartier in Zagreb errichtet. 11 701 Namen haben sie auf die Steine geschrieben, die Namen der Kriegstoten in schwarzer Farbe, die der Verübten und Folteropfer in Weiß. Jeden Abend kom-

men Hunderte an die Mauer, zünden Kerzen an, legen Blumen nieder. Ihre Trauer ist längst in Wut auf die UNO umgeschlagen: denn die ist in ihren Augen dafür verantwortlich, daß 247 000 Flüchtlinge noch immer auf die Rückkehr in die serbisch besetzte Krajina warten müssen.

Foto: F. Denk



Dezimiert: der Gnatcatcher

VERSENGTE SINGVÖGEL

Bilanz der Feuersbrunst über Südkalifornien: Die Flammen walzten über 900 Quadratkilometer bester Küstenlage nieder und vernichteten dabei über 1000 Villen. Die Katastrophe kostete drei Menschen das Leben, über 200 wurden verletzt, davon allein 186 Feuerwehrmänner. Der Schaden geht in die Milliarden, die ökologischen Folgekosten sind noch nicht abzuschätzen. So befürchten Biologen, daß über 600 Exemplare des vom Aussterben bedrohten kalifornischen Gnatcatchers („Mückenfänger“) den Flächenbrand nicht überlebten. Andere Singvogelarten wurden ähnlich stark dezimiert. Und dem Rest fehlt nun auf unabsehbare Zeit der angestammte Lebensraum.

VOX

London: die Not zweier Handlungsreisender

Persönlich versuchen sich Bertelsmann-Boß Mark Wössner und Manfred Lahnstein, Vorstand für den Bereich elektronische Medien, als Handlungsreisende. Die beiden sind auf der Suche nach einem Käufer für Anteile des hochdefizitären Kölner Privatsenders Vox. Nach Verhandlungen mit verschiedenen Unternehmern – der aus Australien stammende Medienmogul Rupert Murdoch zeigt offenbar kaum noch Interesse – priesen Wössner und Lahnstein ihre riskante Ware vergangenen Mittwoch in London der britischen TV- und Produktionsgesellschaft Carlton Communications an. Carlton-Chef Michael Green, der in Englands TV-Szene als Shooting-Star gilt, will über Einstiegspläne zuerst mit seinen Aktionären sprechen. Die sind von ihrem Topmanager seit Jahren Erfolge gewöhnt.



Vox-Vertreter: Bertelsmann-Manager Wössner (r.), Lahnstein (2 v. l.) bei Carlton TV in London

BETRUG

Selbstbedienungsladen Treuhand

Gegenseitige Beschuldigungen von Treuhand und der Investorengruppe EGIT, aber gemeinsame Ehrenerklärungen für schwerbelastete Mitarbeiter – das ist das vorläufige Ergebnis einer riesigen Durchsuchungsaktion der Berliner Ermittler. Von Heidelberg bis Köln, von Bautzen bis Berlin hatten 200 Beamte über 60 Büros heim-

gesucht: ost- und westdeutsche Firmen, Steuerberater und eine Kapitalanlage-Tochter der Berliner Bank, die BKK.

Bis zu 100 Millionen Mark sollen zwei derzeitige und einige ehemalige Treuhandmitarbeiter veruntreut haben. Im Visier unter anderem: Dieter Franzen, bis vor kurzem Direktor der Potsdamer Treuhand-Filiale, und seine früheren Kollegen Helmut Gommelka sowie Harald Lang. Verdacht: Firmenverkauf zu Spottpreisen, Mißbrauch von Investitionsspritzen, z.B. bei Foron, dem Hersteller des Öko-Kühlschranks.

Langs Treuhand-Gastspiel endete 1991 wegen versuchter Untreue. Er und Gommelka sind jetzt Geschäftsführer von Firmen, deren Verkauf sie noch bei der Treuhand eingefädelt hatten: der Haushaltsgeräte-Service GmbH (HGS) und der Märkischen Baustoff-Service (MBS).

In HGS, MBS und zwanzig weiteren Treuhand-Privatisierungsobjekten stecken über 150 Millionen Mark des East German Investment Trust (EGIT) mit britischen und deutschen Anlegern, so auch die Berliner Bank. EGIT-Manager Olav zu Ermgassen beschwerte sich bitter über „infame Machenschaften“ der Treuhand: „Wir sind Opfer der Institution.“ Die EGIT will die umstrittenen Firmen an die Treuhand zurückgeben. Auf ihre schwerbelasteten Manager Franzen und Lang lassen aber weder Treuhand noch EGIT etwas kommen.



Aus: „Buffalo News“

KROATEN

„Die Täter sind unter uns“

„Stari most“, die „alte Brücke“ von Mostar, ist nun endgültig zerstört – und mit ihr das wohl letzte Symbol für das Miteinander verschiedener Völker und Kulturen auf dem Balkan. Vor 427 Jahren von den Türken erbaut, galt die 20 Meter hohe, 30 Meter lange und nur 4,5 Meter breite Steinbrücke über die Neretva als eines der schönsten Beispiele osmanischer Baukunst.

Zum erstenmal geriet sie im Mai 1992 unter serbischen Beschuß und wurde dabei schwer getroffen. Der Brückenbogen aber hielt stand. Damals kämpften Kroaten und Muslims noch gemeinsam gegen die Serben. Jetzt versetzte das gezielte Feuer schwerer kroatischer Geschütze auf Positionen ihrer damaligen Verbündeten dem Bau- und Denkmal den Todesstoß und kappte damit die letzte noch verbliebene Verbindung zum muslimischen Ostufer.

Auf die Täter müsse „mit dem Finger gezeigt werden, da sie unter uns sind“, wagte das regierungsnahes Wochenblatt „Vjesnik“ in Zagreb erstmals Kritik an den kroatischen Nationalisten in der Herzegowina. Die übrigen kroatischen Zeitungen verkündeten: Die für die Muslims strategisch bedeutsame Brücke sei in Folge der Gefechte zwischen beiden Seiten eingestürzt...

Der Krieg hat viele Wahrheiten.



Blieb 427 Jahre intakt: die alte Brücke von Mostar



Mai 1992: erste Schäden durch serbische Granaten



November 1993: völlige Zerstörung durch Kroaten

BUNDESBahn

Grundstücke im Wert von 20 Millionen verschenkt

Münchens Bahn-Präsident Peter Lisson gerät wegen dubioser Immobiliengeschäfte unter Beschuß. Im Mai hatte FOCUS den Skandal aufgedeckt. Beim Verkauf des Euro-Industrieparks zahlte die Bahn der Verwaltungsgesellschaft „EGP“ 29 Millionen Mark für den weiteren Unterhalt des Geländes – ein Topf, der dann von der EGP „ausgehöhlt“ wurde, so die Vorwürfe. Der Bonner Rechnungsprüfungsausschuß kritisiert jetzt, „daß die Bundesbahn dauerhaft mit Firmen

zusammenarbeitet, die keinen... Nachweis über den Verbleib von mehr als 20 Mio. Mark öffentlicher Gelder liefern können“.

Zusätzlich kam heraus, daß die EGP von der Bahn 139 500 Quadratmeter „Randgrundstücke“ für vier Millionen Mark kaufen konnte, deren Wert Experten auf über 20 Millionen schätzen. Die vier Millionen durfte die EGP aus dem 29-Millionen-Topf nehmen – also quasi geschenkt.

Die Münchner „tz“ hat als Verantwortlichen den damaligen Bahn-Vorstand Reiner Maria Gohlke ausgemacht, heute Geschäftsführer der SZ.



Unter Beschuß: Münchner Bahn-Chef Peter Lisson

OHNE KONZEPT

Zur Verbesserung der Sicherheit von Kernkraftwerken hat die Europäische Gemeinschaft bisher „keine wirkliche Politik“ entwickelt. Diese Kritik äußert der Europäische Rechnungshof in Luxemburg in seinem neuesten Prüfungsbericht. Rund 266 Millionen Mark wurden für das Nuklear-Sicherungsprogramm (EG-TACIS) bereits zur Verfügung gestellt, doch nach Angaben der Rechnungsprüfer wurden erst 1,2 Millionen Mark ausgegeben. Allerdings, so heißt es in dem diese Woche erscheinenden Bericht, habe bisher die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Russen die Arbeiten an den Anlagen verhindert. So war für ein Wissenschaftszentrum, das russische Kernwissenschaftler im Land halten sollte, Ende des ersten Quartals 1993 noch kein Geld geflossen.

PRIVATISSIME

Die Privatisierungswelle trifft nun auch den Frankfurter Opernball. Das Stelldichein für TV- und Showgrößen muß sich



Opernball: Der Tanz geht weiter

künftig selber tragen. Vorbei sind die Zeiten, da Ex-OB Walter Wallmann (CDU) – Initiator und Ballgänger – städtisches Geld zuschoß. Damit der Ball nicht ausgerechnet zur 1200-Jahr-Feier der Stadt ausfällt, übernimmt Veranstaltungsprofi Manfred Pasenau. Finanzierungskonzept: erhöhte Kartenpreise und Sponsoren.



Hepatitis-Risiko deutlich höher: Blutprodukt

„KANZLER“ WEIZSÄCKER

Friedbert Pflüger, Weizsäcker-Freund und Heitmann-Gegner, liefert einen Hinweis auf frühere Ambitionen des Bundespräsidenten, selbst Kanzler zu werden. Weil Helmut Kohl „immer da war“ und „alles beherrschte, gab es nie eine Chance für Weizsäcker, Bundeskanzler zu werden“. Dies schreibt der CDU-MdB im Vorwort eines Bildbands, den er selbst herausgibt (Jupp Darchinger: Richard von Weizsäcker, Porträt einer Präsidentschaft. Econ, 78 Mark). Über das Schicksal, nicht Kanzler werden zu können, habe Weizsäcker „nie Klage geführt“.

Pflüger findet es tragisch, daß „ein Mensch mit einem so außergewöhnlichen Charakter, solch umfassenden Erfahrungen und Kenntnissen und solchem begnadeten politischen Talent nie zeigen konnte, was er wirklich kann“.



Pflügers Bildband über seinen Ex-Chef

AIDS-SKANDAL

Das Schweigen der Ärzte

„Wir müssen die Ungereimtheiten und Schweinereien reduzieren.“ Seit den Enthüllungen über Sicherheitsmängel auf dem Blutmarkt hat Rudolf Seuffer, Sprecher des Bundesverbands der deutschen Laborärzte, ein Problem. Seine Zunft ist ins Zwielicht geraten. Laborärzte verschwiegen HIV-Infektionen, die auf verseuchtes Plasma der Koblenzer Firma UB Plasma zurückzuführen sind. Im Fall der niedersächsischen Firma Haemoplas soll der Laborarzt zugegeben haben, nur jede vierte bis fünfte Blutspende auf HIV getestet zu haben. Für den lebensgefährlichen Testgeiz mancher Kollegen macht Seuffer aber

auch einen „ruinösen Preisdruck“ verantwortlich. Die Auftraggeber würden mit „massiven Rabattforderungen“ die Labore zu schlampigen Tests zwingen.

Für Seuffer greift die Debatte über das HIV-Risiko zu kurz. Die Gefahr einer Hepatitis-C-Infektion sei ungleich höher.

Er schätzt sie auf 1:5 000 bis 1:20 000. Seit 1985 hätten sich bis zu 8000 Patienten via Blut mit Hepatitis C, einer oftmals chronischen Leberentzündung, infiziert. Wenn der Staat den HIV-infizierten Blutern Finanzhilfen gebe, so Seuffer, müßten auch „die Ansprüche der Hepatitis-Opfer“ diskutiert werden.



Vorwürfe an die eigene Zunft: Laborarzt Rudolf Seuffer

BUNDESWEHR

Boenisch & Co. immer die Gewinner

Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) hat weiter Ärger mit seiner Werbekampagne „Bundeswehr 2000“. Seine Vertrauten im Ministerium hatten die Agentur-Ausschreibung für den 52-Millionen-Etat zu plump gesteuert. FOCUS dokumentierte im September, wie eine Werbeagentur den Auftrag bekam, die in der Vorauswahl unter neun Bewerbern wegen der Gefahr des „Abgleitens ins Lächerliche“ ausgeschieden war.

Diese Agentur, Spiess, Ermisch, Abels (SEA), aus Düsseldorf, hatte einen entscheidenden Vorteil: Der ehemalige Kohl-Sprecher und Rühle-Bekannte Peter Boenisch hatte das Konzept erarbeitet. Boenisch selbst bestätigte die Bemühungen, das zunächst vernichtende Urteil „zu korrigieren“.

Was das Verteidigungsministerium aber bereits im Juli befürchtet hatte, traf jetzt ein: Damals wurden Gerüchte laut, Reinhard Abels würde

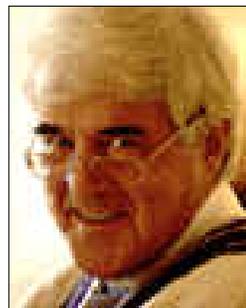
die Agentur verlassen. Die Hardthöhe bat daraufhin um Stellungnahme, ob die Vertragserfüllung gewährleistet bleibe, „zumal die persönliche Beratung durch Herrn Abels und Herrn Boenisch Vertragsbestandteil ist“.

Die Agentur wiegelte ab, Abels habe „ausdrücklich erklärt, daß er seinen Vertrag mit uns erfüllen will“.

Vergangenen Freitag meldete der Branchendienst „textintern“, daß die Hardthöhe den Vertrag mit Spiess, Ermisch, Abels zum 31. 12. 93 gekündigt habe, da Reinhard Abels zur Agentur Grey/Düsseldorf wechselte – „mit dem Bundeswehretat im Schlepptau“.

Ohne neue Ausschreibung könnten Abels und Boenisch mit ihrem Konzept weiter das große Geld mit der Bundeswehr verdienen – da das Ministerium Kontinuität wünscht.

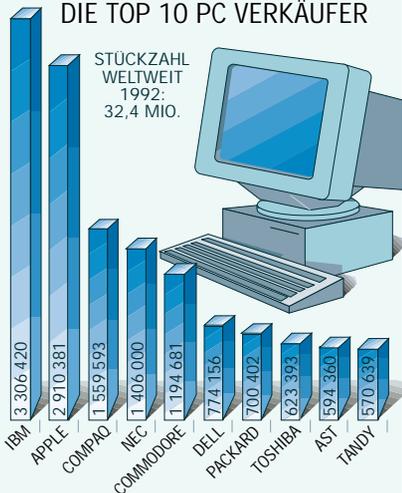
Die Kampagne gerät nun auch in Ruhes eigenem Haus unter Beschuß. Die Wirkung der Anzeigen und Spots, melden Presse-Offiziere, sei verpufft.



Ohne Ex-Regierungssprecher Boenisch kein Vertrag

FOCUSSIERT

DIE TOP 10 PC VERKÄUFER



ART COLOGNE '93

Gut für Schnäppchenjäger

Rund 280 Galerien aus 19 Ländern beteiligen sich an der diesjährigen „Art Cologne“, die noch bis Mittwoch läuft. Das Angebot ist hochkarätig. Auch die Besucher strömen. Die Preise liegen zwischen einigen hundert Mark und Millionenbeträgen – wie für Marc Chagalls Gemälde „Der Stuhl der Braut“ von 1934 (6,8 Millionen Mark) oder Cy Twomblys Ölbild „The Grand Voyage To Italy“ von 1962 (4,2 Millionen). Insgesamt sind sie jedoch um etwa zehn Prozent gefallen.



„Verliebter Vogel“ von Niki de Saint Phalle in der Amsterdamer Galerie Delaive

UNBEZAHLBAR

Ein Honda fuhr Weltrekord: 3000 Kilometer in 35 Stunden. Quer durch Australien per Sonnenantrieb. Das Elektromobil, genannt „Dream car“, erreichte auf der diesjährigen Solarrallye eine Höchstgeschwindigkeit von 115 Stundenkilometern. Kosten: rund 11,2 Millionen Mark. Kann man sein Geld noch schneller ausgeben?



Solarrekord: Honda Dream

Nicht mal mit einem Ferrari. Eine halbe Million dürfte der F-40-Nachfolger kosten. Die Technik des 500 PS starken Zwölfzylinders orientiert sich an der Formel 1. Wenn schon keine Siege im Rennen, dann wenigstens an der Ampel.



Kommt '94: Ferrari 375

DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGSBLATT

Keine publizistische Eingemeindung

Die evangelische Wochenzeitung „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“ (DAS) ist drauf und dran, den Weg aller Irdischen zu gehen – trotz Millionenubventionen von der evangelischen Kirche, trotz Kooperation mit dem Süddeutschen Verlag (SV).

Obwohl der SV sich um Auflagensteigerung und Anzeigen für das „Sonntagsblatt“ bemüht, seien „noch keine nennenswert verbesserten Erfolgswerte“ zu erkennen, so DAS-Aufsichtsrat Beatus Fischer. Die DAS-Auflage schrumpfte zwischen 1988 und 1993 (3. Quartal) von 115 245 auf

89 208, der Einzelverkauf am Kiosk von 23 199 auf 1141 Exemplare. In einem Bittbrief an die Kirchlichen Gebietszeitungen (KGZ) wünscht sich Fischer zur DAS-Rettung eine Art publizistische Eingemeindung. Seine zwei Modelle: Das „Sonntagsblatt“ als „Mantel“ oder als Beilage für die KGZ. Beides lehnt Kirchenpresse-Vorsitzender Karlheinz Nestle ab. Auf Fischers Seele lastet außer wirtschaftlichen Nöten auch anderes: das „unterschiedliche Frömmigkeitsverständnis“ der Gebietspresse und des liberalen Sonntagsblatts.

HAUSHALT

Stellen für Schulden

Bonn will in seinem Zuständigkeitsbereich 5000 Stellen abbauen – aber Krach gab es nur um eine: Bei der letzten Sitzung der Haushaltsarbeitsgruppe von Union und FDP kämpfte die FDP-Abgeordnete Ina Albowitz dafür, auf den freien Staatssekretärsposten im Landwirtschaftsministerium künftig zu verzichten. Dafür mußte sie sich „rüde Ausfälle“ anhören, wie ein Teilnehmer berichtete.

In den niedrigeren Etagen der Ministerien wird dafür kräftig gespart. Der Finanzminister verzichtet in seinem Haus auf 76 Stellen und landet damit auf Platz 2 der Streich-Hitparade gleich hinter dem Verteidigungsminister (minus 85 Stellen). Nur ein Ministerium legt zu: Angela Merkel (Frauen und Jugend) darf sich über eine zusätzliche Stelle freuen. Dem Bundespresseamt wurden fürs Superwahljahr 1994 fünf zusätzliche Stellen bewilligt, der Bundesschuldenverwaltung wegen zunehmenden Arbeitsanfalls gleich 85.



TENDENZ-O-METER

Gut protestiert = 1/2 gewonnen

Seiner Sache Gehör zu verschaffen, ist durchaus okay. Manchmal aber werden die Grenzen des guten Geschmacks oder des friedlichen Miteinanders denn doch überschritten. T-O-Ms aktueller Protest-Knigge der Woche

- | | | |
|-------------------------|---|---|
| AKTEURE | ↓ | Von Profis und Mimosen – wer hat recht, wer nicht? |
| SZ-Magazin | ↓ | Blamiert sich mit PR-Gag (Frauenblut als Druckfarbe) gegen Balkangewalt. Merke: Wo Geschmack stirbt, ist Kritik hellwach. |
| Lady Di | ↓ | Weißstrümpfige Fitneß-Fanatikerin klagt gg. heimliche Butterfly-Fotos. Dabei war doch gar nix dran. Nicht mal Schweiß! |
| MdB's | ↓ | Hinterbänkler (Dobberthien, von Geldern usw.) gegen zu frühe Weihnachtsbeleuchtung des Handels. Sonst keine Sorgen? |
| DASA-Belegschaft | ↑ | Trillerpfeifen gegen High-Tech-Absturz. Arbeitnehmer wissen: Standort Deutschland läßt sich nicht mit McDonald's sichern! |
| Erich Ribbeck | ↗ | Wutprotest wider Sport-Journaille. War ja durchaus richtig, Sir Erich, aber Gentlemen zeigen keine Nerven! |

SOZIALPOLITIK

Ran an die Tabus

Norbert Blüm geht in die Offensive. Um neue Arbeitsplätze zu schaffen, denkt er auch an unkonventionelle Maßnahmen des Bundes

Nach elf Jahren als Minister für Arbeit und Sozialordnung am Kabinetttisch von Helmut Kohl will Norbert Blüm nicht mehr „weiter so“. Mit einem Bündel neuer Ideen geht der „Arbeitslosenminister“ die Beschäftigungskrise an. „Das wird mein neues Werkstück.“

Die Arbeitslosigkeit wird in der Tat das zentrale Wahlkampfthema 1994. Parteien und Minister rangeln schon heute um die beste Ausgangsposition in der zu erwartenden Diskussion.

In internen Thesepapieren stellen Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP) und Blüm (CDU) – natürlich getrennt – Maßnahmen für mehr Jobs zusammen. „Bisher hat doch keiner Rezepte dafür gehabt“, gesteht ein Rexrodt-Mitarbeiter. Jetzt werfen beide alte Positionen über Bord.

Auf 17 Seiten hat Blüm seine „Strategien zum Abbau der Unterbeschäftigung“ zusammengetragen. Die Schuld an der Arbeitslosigkeit liege vor allem bei den Unternehmen, heißt es da. Sie hätten „wichtige Verfahrens- und Produktinnovationen versäumt“, kritisiert Blüm. „Besserung muß deshalb in den Unternehmen, bei den Unternehmern beginnen.“

Die Arbeitsmarktpolitik, das ist Blüms zentrale Botschaft, könne nur flankierend helfen. „Die Sozialpolitik kann nur Brücken bauen, aber die Jobs müssen am anderen Ufer sein.“

- Die Fakten haben Blüm alarmiert:
- Ende Oktober gab es 3,5 Millionen Arbeitslose in Deutschland, 1994 werden es vier Millionen sein.
 - Fast zwei Millionen Menschen sind in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Umschulungen und Vorruhestand.
 - Das Schlimmste: Bis zum Jahr 2000 verlieren weitere drei Millionen Ungelernte ihren Job.

Das Heer der An- und Ungelernten, fast die Hälfte aller Arbeitslosen, ist

das größte Problem. Ihnen will Blüm ebenso wie Langzeit-Arbeitslosen eine neue Chance geben: Mit geringeren Löhnen. Bisher für Blüm ein Tabu. Zwar gibt es heute schon in einigen Tarifverträgen sogenannte „Minderleistungsklauseln“ für diejenigen, die nicht produktiv genug für einen normal bezahlten Arbeitsplatz sind. Aber die Unternehmen machen von der Regelung kaum Gebrauch, weil Betriebsrat oder Gewerkschaft zustimmen müssen. Die Arbeitnehmervertreter fürchten die Klausel, nicht immer zu Unrecht, als Hebel zur Lohndrückerei. Diese Blockade will Blüm mit einem Testat des Arbeitsamts brechen. Künftig sollen Arbeitgeber und Betriebsrat vom Arbeitsamt prüfen lassen können, ob der jeweilige Bewerber wirklich weniger leistungsfähig ist, der Tariflohn für ihn also zu Recht gesenkt wird. Denn eingestellt wird nur, wer nicht mehr kostet, als er erwirtschaftet. Chancen für geringer Qualifizierte sieht Blüm auch in anderen Bereichen:

- Arbeitsplätze in Privathaushalten sollen nicht mehr verteufelt, sondern vom Staat gefördert werden. Motto: Dienstmädchenprivileg für alle. Bezahlte Helfer im Haushalt seien heute „nicht mehr nur etwas für reiche Leute“, meint Blüm.



TARIFPOLITIK
Standard-(Grund-)Lohn und Gewerkschaftsbeteiligung einführen

TEILZEIT
Jobs für 2,4 Millionen Vollzeit-Arbeiter finden, die lieber weniger arbeiten wollen

UNGELERNE
Neue Jobs finden, 3 Mio. Arbeitsplätze fallen bis 2000 weg

KABINETT
Rexrodt auf die Finger hauen, soll nicht immer bei mir wildern

Dienstleistungen
Arbeitsplätze in Privat-Haushalten steuerlich fördern, geben Klassen-, Kaufkraft- Bonus "Dienstmädchen-Privileg" machen

NOBBIS SCHWARZES BRETT

FOCUS anrufen
Soll nicht immer meine Pflege kaputt schreiben

UNGELERNE
Als Erntehelfer mit Staatszuschüssen an Bauern vermitteln

ES GIBT viel zu tun, Norbert Blüm will's anpacken – eine Erinnerungshilfe, damit er nichts vergißt



„Wir müssen Arbeitslosen eine Beschäftigung ermöglichen für den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt“

— GÜNTER REXRODT, WIRTSCHAFTSMINISTER —

Weil immer mehr Frauen arbeiten, hätten auch normale Doppelverdiener Zigtausende solcher Jobs zu vergeben. Deshalb fordert Blüm, die Kosten für Haushaltshilfen grundsätzlich von der Steuer absetzen zu können. Bisher dürfen dies nur Alleinerziehende und Eltern mit mindestens zwei Kindern.

● Statt ausländischer Saisonarbeiter zu Minilöhnen sollen die deutschen Bauern künftig heimische Arbeitslose in die Ernte schicken. Weil die Bauern aber schlecht zahlen, soll soviel Arbeitslosenhilfe weitergezahlt werden, daß die Erntehelfer mehr kassieren als bei staatlich finanziertem Nichtstun.

● Um die Konkurrenz durch ausländische Billig-Arbeiter zu stoppen, will Blüm die Zuwanderung einschränken. Beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sei es „von zentraler Bedeutung, den legalen und erst recht den illegalen Zugang von Nicht-EG-Ausländern zum deutschen Arbeitsmarkt zu begrenzen“. Neben verstärkten Kontrollen will er „eine strengere Prüfung der Visaanträge, damit die Einreise als Tourist für in Wirklichkeit Arbeitssuchende erschwert wird“.

● Für geringfügige Beschäftigung (bis 530 Mark im Monat) dürfen künftig keine Grenzgänger mehr eingesetzt werden, die Verordnung ist bereits in Arbeit.

Um den Druck auf die Arbeitslosen zu erhöhen, auch Jobs unter ihrer eigentlichen Qualifikation anzunehmen, will Blüm die Arbeitgeber in die Pflicht

nehmen. Die würden nämlich einem Bewerber, „von dem sie unschwer erkennen, daß er nicht gewillt ist, die ihm angebotene und zumutbare Arbeit zu übernehmen“, einfach „berufliche Ungeeignetheit“ attestieren.

Blüm fordert ein ehrliches Urteil, auch wenn dann Ärger mit den abgelehnten Pseudo-Bewerbern droht. Nur Arbeitsverweigerern kann das Arbeitsamt die Stütze streichen.

Chancen für einen Job-Boom sieht Blüm bei der Teilzeitarbeit. Zwei Millionen Menschen im Westen und 450 000 im Osten, die heute knapp 40 Stunden arbeiten, würden gerne weniger tun. Für sie ist Teilzeit zu riskant, weil sie im Fall des Job-Verlustes auch

nur das halbe Arbeitslosengeld bekämen. Für sie plant Blüm eine „einmalige Tür-auf-Aktion“: Für drei Jahre wird das volle Arbeitslosengeld für Teilzeitarbeiter garantiert. Zusätzlich sollen die Umsteiger in den ersten drei Monaten eine sogenannte Lohnausgleichspauschale bekommen, damit die Umstellung vom vollen auf das halbe Geld nicht so schwerfällt.

Vor allem im Ressort von Wirtschaftsminister Rexrodt sieht der Arbeitsminister Defizite. Er beklagt die „Balkanisierung der Förderung für die Unternehmen. Ein Mittelständler muß da ja mehrere Semester Subventionologie studiert haben“, höhnt Blüm. Allein für die

neuen Länder gibt es rund 200 Förderöpfe. Rexrodt solle statt des Sammelsuriums eine „befristete 20-25prozentige Investitionszulage für Ausüstungsinvestitionen einführen“.

Rexrodt will sich Blüms Wildern im eigenen Revier nicht gefallen lassen. Jetzt möchte er Arbeitsmarktpolitik machen.

Bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen droht neuer Streit mit Blüm. Der Wirtschaftsminister hat auf einmal nichts mehr dagegen, daß durch Arbeitsbeschaffungsprogramme reguläre Arbeitskräfte zunächst verdrängt werden. Denn Städte und Gemeinden, Landesbehörden oder Wohlfahrtseinrichtungen könnten durch die staatlich finanzierten ABM-Kräfte Mitarbeiter und Personalkosten sparen. Mit dem Geld könnten sie entweder an anderer Stelle neue Jobs schaffen oder die Abgaben senken.

Damit möglichst viele Arbeitslose in den Genuß solcher Stellen kommen, will Rexrodt aber keine herkömmlichen ABM-Stellen, die sich an den üblichen Tarifen der jeweiligen Branche orientieren, sondern sogenannte Gemeinschaftsarbeiten, bei denen nur ein Zuschlag zum Arbeitslosengeld gezahlt wird. Mehr noch: Nach Ende der herkömmlichen ABM-Maßnahme hätte jeder Teilnehmer wieder Anspruch auf Arbeitslosengeld entsprechend dem Tarif, bei Gemeinschaftsarbeiten bleibt es bei der Arbeitslosenhilfe.

Eine solche Discount-Lösung lehnt Blüm ab. Je billiger der zweite Arbeitsmarkt, desto eher verschwinden rentable Arbeitsplätze. ■

VORSTOSS FÜR ALLGEMEINE DIENSTPFLICHT

Norbert Blüm sucht „Sozialjobs für Jungen und Mädchen“. Deshalb ist er für die allgemeine Dienstpflicht. Die ist für ihn eine „Schule der Nation“. Blüms Sorge: Die Jugendlichen „sind zulange dem Ernstfall des Lebens entzogen“.

Denn: „30 Jahre mit der Gieskanne im Sandkasten spielen, das kann sozialpsychologisch nicht gut sein.“ Blüm ist für die Dienstpflicht, weil sie ein Therapeutikum ist gegen die Folgen der Single-Gesellschaft: „Der Gemeinsinn verfällt doch zusehends.“

Dienstpflicht bedeutet: Jungen können wählen, ob sie Wehr- oder Ersatzdienst leisten oder für die Umwelt arbeiten. Mädchen müssen Sozial- oder Umweltdienst leisten. Das bedeutet für sie eine zusätzliche Belastung. Dafür

verlangt Blüm einen Ausgleich in der Renten- und Familiengesetzgebung: Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht für alle Frauen plus zusätzlicher Erziehungsurlaub.

Die Dienstpflicht verlangt bisher nur der CDU-Fachausschuß Sicherheitspolitik. Begründung: Bis zu 40 Prozent eines Jahrgangs werden nicht gezogen, Wehrgerechtigkeit gäbe es nicht mehr. Damit ist die Dienstpflicht eine Alternative zur Berufsarmee. Blüm: „Ein Programm zur Sicherung der Wehrpflicht.“

Parallel zur Einführung der Dienstpflicht sollte die Schulzeit um ein Jahr verkürzt werden. Damit die jungen Leute nicht noch später in den Beruf kommen.

HENNING KRUMREY/ULRICH REITZ

SPD-PARTEITAG

Machtwille ist vorhanden

Präsidiumsmitglied und Ministerpräsident Gerhard Schröder: „Wenn wir es im nächsten Jahr nicht schaffen, sind wir selbst dran schuld“

FOCUS: Elf Jahre mühsame Oppositionsarbeit in Bonn. Ein trauriger Jahrestag für Ihre Genossen?

Schröder: Sicher. Die SPD muß da endlich raus. Bei unserem Parteitag in Wiesbaden geht es darum, Wege aus dieser Sackgasse zu finden. Denn die SPD ist regierungsfähig. Sie beweist das in Kommunen und den meisten Bundesländern. Wir könnten aus dem Stand auch in Bonn das Ruder übernehmen.

FOCUS: Ganz schön kühn. Woher der Wagemut?

Schröder: Eine Opposition gewinnt nie allein ihrer Leistungen wegen. Sie gewinnt nur dann, wenn die Regierung schlecht ist – Kohl und seine Mannen sind schlecht. Also stehen unsere Chancen gut. Aber es muß etwas hinzukommen: der unbedingte Wille einer großen Partei, Führung zu übernehmen. Das war früher zweifelhaft. Aber jetzt ist der Machtwille vorhanden. Das bezweifeln nicht mal mehr unsere Gegner.

FOCUS: Bei der Frage „Kämpfen oder kämpfen lassen?“ hat Scharping schnell letzteres gewählt. Merkwürdige Strategie – andere vorschicken, um selbst unbeschädigt zu bleiben.

Schröder: Dazu gehören doch immer zwei. Ich würde mich niemals so einsetzen lassen. Außerdem ist das nicht Scharpings Politikstil.

FOCUS: Von Lean-Management hält die SPD wohl nichts. Für Herta Däubler-Gmelin wurde ein fünfter Stellvertreterposten als Versorgungsnische geschaffen.

Schröder: Ich habe mich an der Debatte nicht beteiligt und werde das auch in Wiesbaden nicht tun. Schon wegen des möglichen Verdachts, der Schröder wolle gar sechs Stellvertreter, um auch noch mit von der Partie zu sein.

FOCUS: Warum hat Scharping nicht

entschieden?

Schröder: Es hat nichts mit ihm zu tun, sondern mit einer historischen Konstellation: Zwei Frauen hätten gegeneinander kandidiert.

FOCUS: Warum scheut sich die Partei davor, Frauen gegeneinander antreten zu lassen?

Schröder: Die SPD hat in der Frauenpolitik zwar eine Vorreiterrolle. Sie ist sich dieser aber noch nicht so sicher, daß sie Konkurrenz zwischen Frauen genauso behandelt wie zwischen Männern.

FOCUS: Werden Delegierte und Parteispitze künftig durch Mitglieder-

befragungen entmachtet?

Schröder: Die Mitgliederbefragung hat sicherlich mobilisierenden Charakter. Aber man darf sie nur einsetzen, wie Stachelschweine sich lieben: nämlich ganz vorsichtig. Viele Sacht-hemen lassen sich nicht mit einem Ja oder Nein beantworten. Bei Personalf-ragen ist das einfacher.

FOCUS: Hinter dem Instrument der Mitgliederbefragung kann die Parteiführung auch Entscheidungsschwäche verstecken...

Schröder: ... und die Gefahr des Opportunismus ist dann unglaublich groß.

BASIS GEGEN EINE NUMMER FÜNF

Deutsche Unternehmen entlassen Zehntausende Mitarbeiter – die SPD schafft neue Jobs. Wenn der an diesem Dienstag beginnende Wiesbadener Parteitag beendet ist, sollen fünf statt vier Stellvertreter SPD-Chef Rudolf Scharping bei der Arbeit helfen.

Der Grund: Scharping wollte der bisherigen Parteivize Herta Däubler-Gmelin eine Niederlage gegen die Konkurrentin und Favoritin im Kampf um dieses Amt, Heidemarie Wieceorek-Zeul, ersparen, damit ihre Bewerbungschancen für das Bundesverfassungsgericht nicht sinken.

Scharpings gewiefter Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen hofft für die notwendige Satzungsänderung auf eine Zweidrittelmehrheit in Wiesbaden.

Doch die Delegierten machen diesen Postenschacher womöglich zu



AUF DEM PRÜFSTAND: Rudolf Scharping und Günter Verheugen

nichte. Die Basis setzt sie unter Druck. So berichteten die Landesgeschäftsführer auf einer Parteitagsbesprechung Verheugen Schlimmes: Die Mitglieder seien sauer. Ihnen besche-re Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier ab Januar

1995 höhere Beiträge, während die Parteispitze einen kostspieligen Waskopf schaffe. Scharping versprach schnell, der Zusatzposten werde „kostenneutral“ eingerichtet.

An eine Büro- oder Fahrgemeinschaft der Stellvertreter mögen viele Genossen jedoch nicht glauben. Gerd Andres, Sprecher des gewerkschaftsnahen Seeheimer Kreises: „Ich bin jetzt schon gespannt, wie die Sammeltransporte der stellvertretenden Parteivorsitzenden durch die Republik stattfinden werden.“

OLAF OPTIZ

FOCUS: Lehnt der Parteitag den Großen Lauschangriff ab, könnte sich der Vorsitzende dieses Projekt nachträglich per Mitgliederbefragung genehmigen lassen.

Schröder: Die Mitgliederbefragung darf nicht zu einem Instrument des unterlegenen Teils auf einem Parteitag werden. Sie kann allenfalls einem Parteitag die Richtung vorgeben. Entscheiden sollten die Delegierten. Die Mitgliederbefragung als Trendsetter – ja, aber begrenzt auf wenige Fälle.

FOCUS: Was wird denn nun mit dem Großen Lauschangriff?

Schröder: Ich sehe nur eine Mißbrauchsdebatte kommen. Dabei reicht mir eine richterliche Entscheidung allein nicht aus. Ich will nach erfolgter Abhöraktion eine öffentliche Bekanntmachung der Maßnahme, wie in den USA. Das ist ein hartes Kontrollinstrument, durch das sich Mißbrauch weitgehend ausschließen läßt. Diesem Modell würde ich zustimmen.

FOCUS: Die SPD ist bei Bundestagswahlen immer an sich selbst gescheitert. 1994 auch?

Schröder: Wenn wir es im nächsten Jahr nicht schaffen, sind wir wieder selbst dran schuld.

FOCUS: Woran könnte die SPD sonst noch scheitern?

Schröder: Zum Beispiel an den unglaublich schnellen Veränderungen der gesellschaftlichen Zustände. Es bestehen kaum noch langfristige Bindungen von Wählern an Parteien und Programme. Wählerrends lassen sich nicht mehr vorausberechnen. Das ist eine Gefahr für alle Parteien.

FOCUS: Sagt Ihnen die Basis nicht, wo es langgeht?

Schröder: Beim Wiesbadener Parteitag werden die wichtigsten Fragen sein: Wie schaffen wir Arbeit, und wie verhindern wir die wachsende soziale Diskriminierung? Jeder, der etwas anderes in den Mittelpunkt stellt, macht einen Fehler.

FOCUS: Was will die SPD?

Schröder: Eins kommt nicht in Frage: der kalte Rausschmiß, wie er von konservativen Krisenlösern in der Wirtschaft praktiziert wird. Ich plädiere für den humaneren Weg.

FOCUS: Jetzt soll beim DASA-Werk das Land Niedersachsen als Unternehmer einspringen. Die Methode ist nicht neu. Der Staat als Reparaturbetrieb

des Kapitalismus?

Schröder: Nein, nein. Das wäre nur eine Notlösung. Lemwerder wird in der Diskussion weit wichtiger werden als Bischofferode. Dort steht Zukunftstechnologie auf dem Spiel. Zwei Fragen stellen sich: Müssen wir solche Schließungen aus der Ferne einfach akzeptieren, oder müssen Politiker mitreden bei Entscheidungen, die gesellschaftliche Folgen haben? Wir wollen nicht die ökonomischen Entscheidungen treffen, aber Dinge dieser Größenordnung können nicht einfach aus der Konzernzentrale angeordnet werden.

FOCUS: Braucht die deutsche Wirtschaft bessere Manager?

Schröder: In den Spitzenetagen wird zuwenig über Managementfehler nachgedacht. Denen fällt immer nur ein: Kostenkrise, also Leute raus. Von Menschen, die glänzend ausgebildet sind und sehr gut bezahlt werden, erwarte ich mehr Kreativität, Phantasie und gesellschaftliche Verantwortung.

FOCUS: Fehlt nur der One-Dollar-Man.

Schröder: Wir brauchen keinen Lee Iacocca (ehemaliger Chrysler-Chef; Anm. d. Redaktion). Das deutsche Management hat genügend Potential, um die Krise selbst zu meistern. Wenn die politische Führung in Bonn die Industriebosse aber in ihrem Vorurteil über den deutschen Freizeitpark bestätigt, brauchen sich die Herren erst gar keine Gedanken über neue Wege zu machen.

FOCUS: Ende der achtziger Jahre entdeckte die SPD ihren neuen Weg zu Rot-Grün. Geht die Partei da noch mit?

Schröder: Die rot-grüne Koalition macht in Niedersachsen eine erfolgreiche Regierungsarbeit. Wäre ich zum Parteivorsitzenden gewählt worden, hätte ich das auch für Bonn empfohlen. Ich werde Rudolf Scharping da aber nicht reinreden. Das ist sein Bier.

BEFRAGUNG
der Mitglieder
mobilisiert:
Gerhard Schröder



AUF PARTNERSUCHE: Hamburgs Bürgermeister Voscherau

IN WARTEHALTUNG: STATT-Partei-Gründer Markus Wegner

HAMBURG

Rettungsanker STATT Partei

Eine Tolerierung des Senats könnte Bürgermeister Henning Voscherau und die Sozialdemokraten bis zu Neuwahlen 1994 über Wasser halten.

Mahnende Worte von Regierungschef über Regierungschef: „Koalitionsverhandlungen sollten nicht dem Nachweis dienen, daß es nicht funktionieren kann“, belehrt Gerhard Schröder (SPD), niedersächsischer Ministerpräsident, Hamburgs Bürgermeister Henning Voscherau (SPD). „Diese Art von Tricky-Politik führt bei den Wählern nur zu Frust“, legt Schröder nach.

Voscherau jedenfalls fühlt sich frustfrei. Mit nur zwei Enthaltungen hat ihm der Landesvorstand den Weg zu Gesprächen mit seinem Wunschpartner STATT Partei geebnet. Ums eige-

ne Profil besorgt, hatten Hamburgs Grüne die Verhandlungen mit der SPD abgebrochen. Dagegen sieht Markus Ernst Wegner, STATT-Partei-Gründer, Fraktionschef und Noch-Vorsitzender, keine unüberwindbaren inhaltlichen Unterschiede.

Einziger Dissens: Er will keine formelle Koalition, sondern nur ein um mindestens zwei Ressorts verkleinertes Kabinett tolerieren. Sein Ziel ist es, den neuen Senat zur Bürgerschaftssitzung am 15./16. Dezember zu präsentieren.

Der lose Pakt aus 58 SPD- und acht STATT-Partei-Sitzen könnte gelingen – vor allem, weil Voscherau diesen Erfolg

will. Schon einmal hatte sich die SPD um der Macht willen bewegt: 1987, als die FDP den Genossen Steuersenkungen und weitgehende Privatisierungen abrang. Vorhaben, die auch Wegner will.

Allerdings überschattet ein Streit ums Geld die STATT Partei. Wegner-Freunde werfen Partei-Vize Heinrich Harmsen vor, eine Spende von 140 000 Mark plötzlich als rückzahlbaren Kredit deklariert zu haben. Harmsen zu FOCUS: „Es war von Anfang an als Darlehen gemeint.“

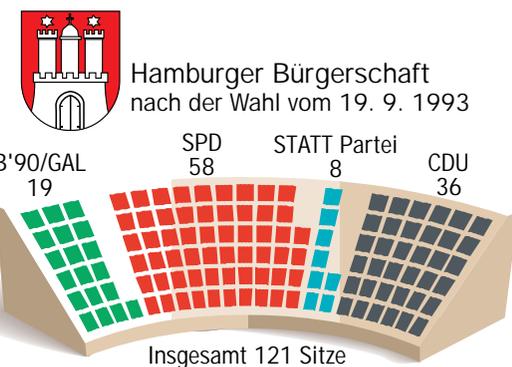
Ein Bündnis mit der Wegner-Gruppe, argwöhnt Ole von Beust, neuer Chef der von 44 auf 36 Sitze abgestürzten CDU-Fraktion, böte Voscherau die Chance, bis zur Bundestagswahl in einem Jahr weiterzuregieren. Von der politischen Großwetterlage würden dann Hamburger Neuwahlen abhängig gemacht – wie 1987, als Klaus von Dohnanyi die SPD so aus der Regierungsunfähigkeit herausführte.

Wie es aber ebenfalls weitergehen könnte, hat die Bürgerschaftssitzung vom vergangenen Mittwoch gezeigt: Alle Anträge des SPD-Senats wurden angenommen – mal mit den Stimmen der Grünen, mal mit denen der STATT Partei. ■



ARGWÖHNT Neuwahlen: der neue CDU-Fraktionschef in Hamburg, Ole von Beust

SITZVERTEILUNG IN DER HANSEESTADT



BUNDESPRÄSIDENT

Modell Ost auf der Kippe

Roman Herzog soll Heitmann ersetzen

Michael Glos baut vor. Für den Fall der Fälle. „Wenn der Heitmann scheidet, ist zugleich das Modell Ost gescheitert“, analysiert der CSU-Landesgruppenvorsitzende. Damit meldet er den Anspruch der CSU an, den nächsten Unionskandidaten vorzuschlagen: Roman Herzog.

Der wäre zugleich Koalitionskandidat. CSU-Chef Theo Waigel weiß, daß der überwiegende Teil der FDP den sächsischen Justizminister nicht wählen wird. FDP-Fraktionschef Hermann Otto Solms nennt ihn den „Kandidaten des Konservatismus“.

Auch die Vorbehalte in der CDU gegen Heitmann sind der CSU-Spitze nicht verborgen geblieben. Am vergangenen Donnerstag gingen Rita Süßmuth, Horst Eylmann und Friedbert Pflüger einmal mehr gegen Heitmann in Stellung, als der mit der niedersächsischen CDU-Landesgruppe diskutierte.



ABGESANG? Steffen Heitmann

Fraktionschef Wolfgang Schäuble denkt weiter öffentlich über parteienübergreifende Lösungen nach, obwohl ihn Parteichef Helmut Kohl dafür rüffelte. Parteistrategen haben besorgt registriert: Heitmanns Bekanntheitsgrad wächst zwar, je länger der Präsidentschafts-Wahlkampf dauert, aber seine Beliebtheit nicht.

Und Herzog? Der steht bereit, nicht aber für den fliegenden Wechsel nach dem ersten Wahlgang in der Bundesversammlung am 23. Mai. „Das müßte schon Anfang des Jahres passieren“, so ein CDU-Präside.

Immer noch geistert die von führenden FDP-Politikern lancierte Fama durch Journalistenköpfe, am Ende werde Kohl selbst antreten. Dafür hat Solms nichts als Spott übrig: „Nur, wenn wir die Verfassung so ändern, wie Jelzin das gemacht hat.“ ■

ULRICH REITZ

LAUSCHANGRIFF

Ein vorbeugender Trick

Bayerns FDP bringt neues Modell in Diskussion



GEHEIMNISSE von Kriminellen am Telefon abschöpfen: Aufgabe von Ermittlern

Nur wer zuhören kann, versteht den „Lauschangriff“. So vielfältig sind die Vorschläge und Modelle, daß selbst die Experten nicht mehr genau wissen, wer eigentlich was fordert.

Mehr noch: Nach einer Einigung über die Grundzüge ging der Streit erst richtig los, denn in den Details gibt es zwischen den Parteien noch viel mehr Differenzen: Wer beschließt das Abhören? Werden die Belauschten später darüber informiert? Was genau ist „Organisierte Kriminalität“?

Ohne klare inhaltliche Definition bleibt der Begriff „Lauschangriff“ eine Worthülse.

Der Kern der Modelldiskussion bisher: Darf die Polizei bei der Suche nach Tätern Wohnungen abhören, und wie dürfen die so gewonnenen Erkenntnisse verwertet werden? Bisher ist in 14 von 16 Bundesländern (Ausnahmen Bremen und Niedersachsen) das Abhören zur Vorbeugung, also präventiv, erlaubt – auch in Wohnungen.

Nicht zulässig ist dies dagegen zur Verfolgung bereits begangener Verbrechen, also repressiv, so der Fachbegriff. Und: Die Justiz darf das erlausch-

te Wissen der Polizei in einem Strafprozeß nicht als Beweis nutzen.

So dürfte die Polizei heute zwar potentielle Killer abhören, wenn sie den dringenden Verdacht hat, daß diese in der nächsten Woche einen Spitzenpolitiker ermorden wollen. Einem mutmaßlichen Attentäter der letzten Woche darf sie aber keine Wanzen in die Wohnung einbauen.

Hinweise und selbst ein Geständnis auf Tonband darf die Polizei nur nutzen, um andere Beweise zu finden. Die ausgezeichneten Informationen selbst sind tabu.

Im Grundsatz einig sind sich alle Parteien, daß die Polizei künftig gegen die Organisierte Kriminalität (OK) Wanzen und Richtmikrofone auch zu Ermittlungszwecken einsetzen soll. Klar ist auch: Die Erkenntnisse sollen vor Gericht voll verwertet werden können.

Anders als SPD und

CDU will die FDP Wohnungen vom repressiven Abhören ausnehmen. Die eigenen vier Wände sollen als Zuflucht, als Intimsphäre vom Grundgesetz geschützt bleiben. Allerdings sollte, anders als heute, diese Intimsphäre nur die eigentliche Wohnung sein. Der Wohnungsbegriff soll also eingeschränkt werden.

In Hinterzimmern von Bars und Kneipen, in Hotelzimmern und Garagen soll Abhören erlaubt werden.

Dagegen wollen die Rechtspolitiker der FDP-Fraktion um Jörg van Essen, als ehemaliger Staatsanwalt ein Praktiker, das Lauschen wie SPD und CDU erlauben, allerdings unter schärferen Auflagen. Dazu gehört eine Überprüfung der Erlaubnis zum Abhören alle zehn Tage und Kontrolle durch den Datenschutzbeauftragten.

Diesen parteiinternen Konflikt will nun ein anderer FDP-Praktiker lö-



BEWEGUNG in die festgefahrene Diskussion um den Lauschangriff bringt Bayerns FDP-Chef Max Stadler

sen: Max Stadler, Richter und Vorsitzender der bayerischen FDP, dem Landesverband, aus dem auch die Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger kommt.

Richter Stadler hält das vorbeugende Abhören für ausreichend, denn „bei der Organisierten Kriminalität gehen Vorbeugen und nachträgliches Verfolgen Hand in Hand“. Sein Vorschlag zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität wie Mafia oder Drogenhandel nutzt deren Tatprinzip: Kapitalverbrechen in Serie.

Begründung: Bei Mafia oder Drogendealern gebe es „immer die konkrete Gefahr, daß die ein neues Ding drehen“. Der Gesetzgeber müßte nur klarstellen, daß alle präventiv erworbenen Lausch-Erkenntnisse auch vor Gericht verwertet werden dürfen – nicht nur die über künftige Straftaten, sondern auch über längst begangene Delikte. Stadler: „Warum sollte sich der Staat künstlich dumm stellen?“

Der Trick: Beim vorbeugenden Abhören ist heute schon das Anbringen von Wanzen in Wohnzimmern legal. Die Freien Demokraten müßten keiner Grundgesetzänderung zustimmen, die Verfolgung der Mafia ist dennoch möglich.

HENNING KRUMREY

DIE TECHNIKEN DES LAUSCHENS

- WANZEN sind höchstens fingernagelgroß. Sie überwachen Gespräche in Räumen oder Telefonate; versteckt zum Beispiel in elektronischen Geräten.
- RICHTMIKROFONE sind hochempfindlich und können Gespräche auch aus größerer Entfernung auffangen und Stimmen von der Lärmkulisse trennen.
- MINISENDER in der Kleidung eines Agenten übertragen Gespräche zur Dokumentation von Scheingeschäften mit V-Männern.
- LASERTECHNIK nimmt die winzigen Schwingungen von Fensterscheiben auf, die Unterhaltungen in geschlossenen Räumen verraten.

WAS DER LAUSCHANGRIFF LEISTET UND LEISTEN KÖNNTE

	Geltendes Recht	Unions-Position	SPD-Vorschlag	FDP-Position	Van Essen-Modell*	Stadler-Modell**
Zweck	Nur vorbeugend	Vorbeugend und Strafverfolgung	Vorbeugend und Strafverfolgung	Vorbeugend und Strafverfolgung	Vorbeugend und Strafverfolgung	Nur vorbeugend
Wer darf abhören?	Polizei laut 14 Landesgesetzen	Bundeskriminalamt, Polizei	Polizei	Polizei, eventuell BKA	BKA, Polizei	Polizei laut 14 Landesgesetzen
Wo darf abgehört werden?	überall	überall	überall	nicht in Wohnung, aber in Hotels, Garagen, Hinterzimmern	überall	überall
Wer entscheidet?	Richter, bei Gefahr im Verzug Staatsanwalt	Richter, Besetzung offen	Drei LG-Richter, bei Gefahr auch Einzelrichter	offen	Drei OLG-Richter nach Prüfung durch Generalstaatsanwalt	Richter
Bei welchen Straftaten?	Kapitalverbrechen und andere schwere Straftaten, schwere Staatsschutzverbrechen	Kapitalverbrechen und Organisierte Kriminalität (OK)	Kapital- und schwerste Verbrechen organisierter Kriminalität, Geldwäsche, Waffenhandel	offen	Kapital- und schwerste Verbrechen organisierter Kriminalität	OK, Kapitalverbrechen, organisierter Rauschgift- und Waffenhandel
Verwendung der Erkenntnisse als Beweismittel vor Gericht	nicht zulässig	erlaubt	erlaubt	erlaubt	Nur Katalogstrafataten	Erlaubt, auch Erkenntnisse über frühere Taten

■ Umstrittene Bereiche farblich gekennzeichnet *FDP-MdB Jörg van Essen, **Max Stadler, bayerischer FDP-Vorsitzender

LANDWIRTSCHAFT

Verordnetes Massensterben

500 000 gesunde Schweine sollen zu Tiermehl verarbeitet werden. Die EG will es so. Die Bauern wehren sich



OPFER der EG-Bürokraten: Schweine in Niedersachsen

Für die Schweine von Wilhelm Niemeyer ist die Zeit der Völlerei vorbei. Der Landwirt aus dem niedersächsischen Hilter setzte, gleichsam aus Nächstenliebe, einen Teil seiner 1000 Mastviecher auf Diät. Er will ihnen das Ende in einer Tiermehlfabrik ersparen.

Ein Schicksal, das einige tausend Mastschweine und Ferkel bereits vergangene Woche ereilte. Obwohl kerngesund, landeten sie in der Fleischmehlfabrik. Grund: Die Tiere stammen aus einem der bislang fünf Gebiete, die die EG-Kommission wegen Schweinepestgefahr ab 5. November zu Sperrzonen erklärte. Mindestens bis zum 22. des Monats ist der Export von lebenden Schweinen und Schweinefleisch aus diesen Bezirken verboten. Die gut 500 000 schlachtreifen, gesunden Tiere, die in dieser Frist anfallen, kauft, sofern nicht ge-

bar, das Land zum knapp 90prozentigen Marktpreis auf. Es läßt die Schweine töten und zu Tiermehl verarbeiten.

Hinter der makabren, mit EG-Mitteln subventionierten Aktion wittern Kritiker marktpolitische Interessen. „Die Maßnahme wurde aufgrund des Drucks der Holländer, Dänen, Belgier und Franzosen durchgesetzt“, glaubt Erich von Hofe, Vorsitzender des niedersächsischen Agrarausschusses zu wissen. „Diese Länder eint das Interesse, den deutschen Markt zu erobern.“

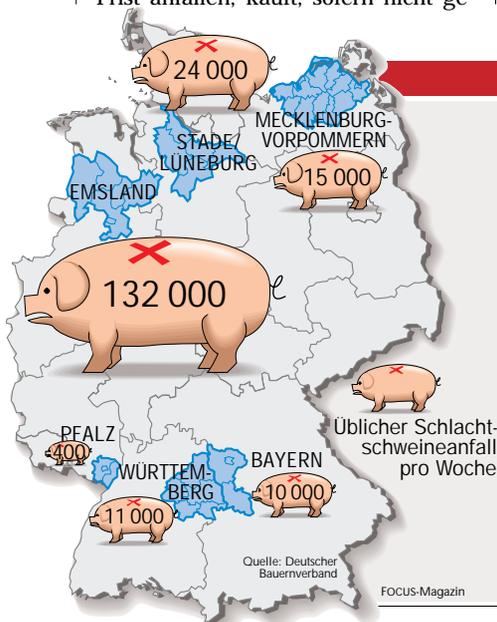
Tatsächlich haben die EG-Kommissare die Tabuzonen auffallend großzügig dimensioniert. In Niedersachsen etwa, mit 27 Prozent Marktanteil Deutschlands größter Schweineproduzent, sind 90 Prozent der Schweinemastproduktion von dem Boykott betroffen. Nachgewiesen ist die Pest jedoch nur in sechs von insgesamt 35 000 Betrieben.

„Uns bricht der gesamte Kundestamm zusammen“, klagt Hermann Wester, Aufsichtsratsvorsitzender der bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Hümmling. Die niedersächsischen Schlachthöfe beziffern ihre Umsatzenbußen auf 100 Millionen Mark pro Woche, einige beantragten Kurzarbeit. Auch Franz Brückner, Geschäftsführer eines Schlachtbetriebs in Sögel, mutmaßt, daß „deutsche Schweinefleischanbieter zugunsten ausländischer Lieferanten ausgeschaltet werden sollen“. Schon jetzt springen die Nachbaranbieter in die Lieferlücken, die gesperrte Fleischvermarkter bei ihren Kunden hinterlassen.

Seit Freitagabend eskaliert der Schweinekrieg. Nachdem die EG wegen neuer Pestfälle in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern weitere Großregionen zu Sperrbezirken erklärte, platzte Bauernpräsident Constantin Freiherr Heerman der Kragen. Von Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert verlangte er, die deutschen Grenzen für Schweinefleischimporte zu schließen.

Borchert kämpft unterdessen um eine Änderung der EG-Verordnung. Er fordert kleinere Sperrbezirke und will gesunde Tiere zu Konservenfleisch verarbeiten lassen. Es könnte zum reduzierten Preis in außereuropäische Länder exportiert werden.

Insider glauben, daß die von Borchert schon einmal vergeblich eingebrachte Dosenlösung auch im zweiten Anlauf an den Marktinteressen ausländischer Fleischanbieter scheitert. Wegen der neuen Seuchenfälle deutet alles darauf hin, daß die Sperrfrist über den 22. November hinaus verlängert wird. „Dann“, prophezeit Richard Bröcker, Referent beim Deutschen Bauernverband, „wird's erst richtig chaotisch.“



GESPERRTE LANDKREISE

- Mecklenburg-Vorpommern: Ribnitz-Damgarten, Rostock, Stralsund, Grimmen, Greifswald, Demmin, Teterow, Güstrow, Malchin, Bad Döberan, Stadt Rostock, Stadt Greifswald, Stadt Stralsund
- Niedersachsen: Stade, Rotenburg, Harburg, Soltau-Fallingb., Lüneburg, Emsland, Vechta, Cloppenburg, Osnabrück, Diepholz
- Rheinland-Pfalz: Germersheim, Südliche Weinstraße, Stadt Landau
- Baden-Württemberg: Ostalbkreis, Schwäbisch-Hall, Rems-Murr, Heidenheim, Göppingen
- Bayern: Ansbach, Ansbach-Stadt, Donau-Ries



„... habe ich selbst ganz genaue Vorstellungen, wer den Brief der Pilotenmutter an die Presse gegeben hat“

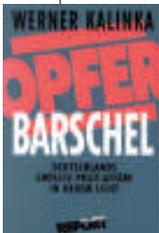
UWE BARSCHEL,
KIELER NACHRICHTEN, 1. 10. 1987

WRACK des Barschel-Flugzeugs: Die Mutter des toten Piloten machte Barschel Vorwürfe

KIELER AFFÄRE

Das Briefgeheimnis

Barschel soll von der Kooperation zwischen Pfeiffer und SPD-Mann Nilius gewußt haben



NEUE DETAILS:
Kalinkas Buch

Die Sensation auf Seite 227: Uwe Barschel wußte kurz vor seinem Tod, daß aus den Reihen der SPD eine Medienkampagne gegen ihn angezettelt worden war. Dies schreibt der Journalist und CDU-Mann Werner Kalinka in seinem neuen Buch „Opfer Barschel“.

Wenn Kalinkas Informationen stimmen, dann besaß Barschel damals eine entscheidende Trumpfkarte. Er konnte sie nicht mehr ausspielen. Am 11. Oktober 1987 starb er in Genf. Vielleicht lieferte Kalinkas Detail den Schlüssel für die Schubladenaffäre – unabhängig von den aktuellen Enthüllungen über die Rolle der SPD 1987, die die Parteimitglieder gegen die Funktionäre rebellieren läßt.

Am 31. Mai 1987 überlebte der damalige Ministerpräsident Barschel schwerverletzt einen Flugzeugabsturz. Der Pilot Michael Heise und zwei weitere Insassen starben. Die Illustrierte „stern“ veröffentlichte am 30. Juli einen Brief der Mutter des Piloten, den diese an Barschel persönlich adressiert hatte. Irmgard Heise erhob darin den schweren, aber unhaltbaren Vorwurf, Barschel sei für den Absturz verantwortlich. Kurz nach der Landtagswahl, so Kalinkas Recherche, soll Barschel

erfahren haben, daß der damalige SPD-Pressesprecher Klaus Nilius den Heise-Brief dem „stern“ zugespielt hatte. Diese Informationen soll Barschel über drei Ecken von einem „stern“-Mitarbeiter erhalten haben.

Am 9. Oktober bekannten sich der damalige SPD-Landeschef Günther Jansen und Nilius zum erstenmal öffentlich zu ihren frühen Pfeiffer-Kontakten. Aber: kein Wort zum Heise-Brief und wie dieser via SPD-Mann Nilius an die Öffentlichkeit gelangt war. Barschels Tod verdammte die Beteiligten der Heise-Affäre dann wohl endgültig zum Schweigen. Auf keinen Fall durfte die SPD in den Verdacht geraten, Barschel mit Schmutz beworfen und durch eine monatelange Kooperation mit Pfeiffer möglicherweise in die

Verzweiflung getrieben zu haben. Nilius log in diesem Punkt vor dem Staatsanwalt und vor dem Untersuchungsausschuß 1987. Er wußte, daß seine Falschaussagen unter Strafe standen. Und noch jemand wußte es: Pfeiffer. Nilius soll im Herbst 1988 – er bemühte sich gerade um seine berufliche Rehabilitation – und im Herbst 1989 die berühmten Geldpakete an Pfeiffer überbracht haben.

Besonders peinlich war die Heise-Affäre für den „stern“. Die Familie Heise ließ damals den Rechtsanwalt Birger Hendriks bei Gruner + Jahr anknöpfen. Der Verlag des „stern“ mußte einen stattlichen finanziellen Ausgleich dafür leisten, daß er den Brief ohne Wissen und Willen der Pilotenmutter abgedruckt hatte. Hendriks kam 1989 in die Kieler Staatskanzlei. Er kam auf Wunsch des Behördenchefs Stefan Pelny. Pelny war als Rechtsbeistand dabei, als Nilius im Oktober 1987 vor dem Staatsanwalt in Sachen Heise-Brief log. Von Pfeiffers Ex-Freundin Elfriede Jabs besorgte sich der „stern“ im Frühjahr 1993 die Story mit den Geldpaketen. Die Frau betonte, sie gehe davon aus, daß Pfeiffer Nilius

erpreßt habe. Beim „stern“ muß man gewußt haben, was Pfeiffer in der Hand hatte: die Wahrheit über den Heise-Brief. Im März 1993 verpiff das Magazin den eigenen Informanten. Am 16. März gab Nilius zu, den „stern“ mit Material gegen Barschel beliefert zu haben. Später erzählte Nilius, Pfeiffer habe sich mit ihm 1988, ein paar Monate vor der ersten Geldzahlung, getroffen. Pfeiffer habe Decknamen für sich und Nilius vorgeschlagen: „Brief“ und „Siegel“.



VERSCHWIEGEN: Klaus Nilius gab den Heise-Brief an die Presse



ERFOLGREICH: Anwalt Birger Hendriks kämpfte für die Heise-Familie

HONECKER

Dritter Frühling

Der Ex-DDR-Chef will sein Exil verlegen – auf ein Traumgrundstück am Fuß der Anden

Nichts scheint Erich Honecker, 81, weniger zu scheren als ärztliche Prognosen. Der einstige DDR-Staatschef, der nach offiziellen Verlautbarungen seit drei Jahren mit einem Bein im Grab steht, hat in seinem chilenischen Exil nicht etwa zwei Quadratmeter geweihte Erde, sondern offenbar 30 000 Quadratmeter besten Grundstückslandes geordert.

Eduardo Gonzales, Bürgermeister des 1000 Kilometer südlich von Santiago de Chile gelegenen Touristenorts Frutillar, läßt derzeit durch eine städtische Kommission prüfen, ob sich der Generalsekretär a. D. über einen Strohmann ein Grundstück oberhalb des Llanquihue-Sees gesichert hat.

Dem Bürgermeister schwant offenbar Schlimmes; er habe aber, so Gonzales, „gegebenenfalls die Möglichkeit, Herrn Honecker zur Persona non grata zu erklären“.

Andernfalls wäre der greise Republikflüchtling zu beneiden. In einer der schönsten Gegenden Chiles gelegen, neigt sich Erichs potentiell Nordhang-Grundstück (Sonnenseite) sanft zum See. Dahinter reckt sich der schneebedeckte Vulkan Osorno 2652 Meter hoch in den Himmel.

Schon seit einiger Zeit kursieren in Santiago Gerüchte, daß der alte Mann

vor Hitze und Smog der Hauptstadt in den freundlicheren chilenischen Süden fliehen wolle. Das Klima in Frutillar – milde Winter und feuchte, aber nicht sonderlich schwüle Sommer – würde dem angegriffenen Gesundheitszustand des nomadisierenden Alt-Genossen besser bekommen.

Grundstücksnachbarn auf der Halbinsel Punta Larga haben auf dem fraglichen Terrain unterdessen Veränderungen registriert. Das eingezäunte Areal wurde unlängst neu bepflanzt; Baumreihen entlang der Grenzen sollen offenbar Sichtschutz bieten.

Daß der gelernte Dachdecker Honecker dort offenbar ein Haus bauen und beziehen will, hat die deutschsprachige Gemeinde von Frutillar in Aufregung versetzt. „Wir sind alles andere als begeistert“, sagt ein Gemeindeglied.

Denn wenn sich Erich, ob vor oder nach dem Richtfest, für immer aus der kommunistischen Weltbewegung verabschiedet, ist da immer noch die sich bester Gesundheit erfreuende Margot. Und wer möchte der bleichen Megäre – vielleicht Arm in Arm mit einem Gast namens Karl-Eduard von Schnitzler – schon abends bei einem Glas Tinto begegnen? ■

ROBERT VERNIER

TOURISTENMEKKA Llanquihue-See:
30 000 Quadratmeter für die Honeckers



STASI-AKTEN

Lex FOCUS

Union, SPD und FDP für Gesetzesverschärfung

Eigentlich sollte das sogenannte Stasi-Unterlagengesetz nur geändert werden, um dem Bundesbeauftragten Joachim Gauck die Arbeit zu erleichtern. Der Herr der Akten bekäme demnach Zugriff auf die Dateien des Zentralen Einwohnerregisters der untergegangenen DDR.

In einer Geheim Sitzung des Bundestags-Innenausschusses einigten sich die Abgeordneten von Union, SPD und FDP vergangene Woche jedoch, auf die Novellierung draufzusatteln.

Die Parlamentarier hatten in FOCUS lesen müssen, daß die Protokolle der Stasi-Telefonüberwachung entgegen allen Beschlüssen nicht vernichtet worden sind. Jetzt geht in Bonn die Angst um: Kommen, ausgerechnet vor dem Superwahljahr 1994, kompromittierende Details ans Licht? FOCUS hat zwar kein von Stasi-Lauschern mitgeschrittenes Bettgeflüster veröffentlicht. Die Frage ist nur: Halten sich daran auch andere?

Bisher stuft das Stasi-Unterlagengesetz Veröffentlichungen aus original Stasi-Unterlagen als Ordnungswidrigkeiten ein – die mit Bußgeld belegt werden können. Still und leise soll das Gesetz jetzt verschärft werden: Auch das Zitieren aus kopierten Unterlagen wird sanktioniert – und zwar als Straftat.

Unauffällig soll die Verschärfung, eine Art „Lex FOCUS“, vor der dritten Lesung in den Gesetzentwurf geschmuggelt werden. Die ersten beiden Hürden hat die Novellierung schon genommen. Unionsparteien, SPD und FDP wollen die Pressefreiheit gemeinsam noch in diesem Jahr einengen. ■



SCHÜLER MÜSSEN DRAUSSEN BLEIBEN: NORMA-Filiale in Offenbach

LADENDIEBSTAHL

Ausgesperrte Langfinger

Supermärkte schließen in den Schulpausen, um sich Ärger mit wilden Pennälern zu ersparen

Sie kamen immer morgens und hinterließen Chaos: zerbeulte Cola-Dosen, zerknüllte Kekspackungen, angebissene Bananen und leergeplünderte Regale.

Pünktlich mit dem Pausengong stürmten dreiste Halbwüchsige aus der Offenbacher Mathildenschule den gegenüberliegenden Penny-Markt und klauten wie die Raben. „Der Schaden geht in die Tausende“, sagt Filialleiter Jörg Frank. Er griff zur Notwehr: Jetzt bleibt der Supermarkt zwischen 9.00 Uhr und 9.30 Uhr geschlossen. „Gegen 50 Bengels kann man sich nicht wehren“, bekräftigt Wolfram Schmuck von der Rewe-Zentrale in Köln, „mehr Personal käme zu teuer.“

„Gar nicht lustig“, findet Schmuck die Beutezüge der Pennäler. Das Problem ist kein Einzelfall. „Auch in anderen

Städten kommt das schon mal vor“, sagt Schmuck, „meist aber helfen Gespräche mit den Schulleitern.“

Gegen den Schüler-Klau am Main scheint jedoch Pädagogik nicht zu helfen: Auch der NORMA-Markt am Offenbacher Odenwaldring schließt morgens eine halbe Stunde, wenn in den benachbarten Schulen Pause ist. Für Alfred Unterschemann, NORMA-Niederlassungsleiter Hessen, eine erfolgreiche Maßnahme: „Wir schneiden bei Inventuren viel besser ab als letztes Jahr.“

Eine weitere Plus- und eine Penny-Filiale wollen dichtmachen. Denn die Rabauken begnügen sich nicht nur mit Cola und Bananen: Immer häufiger klagten Kassiererinnen über verbale und körperliche Belästigungen. ■

MARIKA SCHÄRTL



Rewe-Sprecher Schmuck



„NICHT LUSTIG“: Mathilden-Schüler machen Rewe Ärger

Stasi-Akten künftig unter Verschuß halten?

JA

MANFRED WALTHER

Der 45jährige Rechtsanwalt war unter der Regierung de Maizière letzter amtierender Justizminister der DDR. Heute sitzt er für die CDU im Brandenburger Landtag und ist Mitglied im Stolpe-Untersuchungsausschuß



Kanzler Kohls Vorschlag finde ich ganz richtig. Wir haben in Ostdeutschland jetzt wirklich ganz andere Sorgen. Man sollte mit dieser Hatz aufhören. Sie bringt weder mehr Gerechtigkeit noch mehr Wahrheit. Dazu gehört auch, die Regelüberprüfungen auf Stasi-Mitarbeit abzuschaffen.

Die generelle Überprüfung von Menschen, nur weil sie aus dem Osten kommen, muß aufhören. Der Generalverdacht gegen alle Ostdeutschen muß vom Tisch.

Die Möglichkeit zur Akteneinsicht soll allerdings weiter bestehen. Wer reinschauen will, soll reinschauen. Ansonsten ist es an der Zeit, dieses Thema tiefer zu hängen.

Wir müssen erreichen, daß dieses Thema eine persönliche Sache zwischen den Betroffenen wird. Wer

meint, Strafanzeige stellen oder in die Öffentlichkeit gehen zu müssen, soll dies tun.

Klar ist, wer jemandem erheblich geschadet hat, der muß auch richtig was auf die Mütze kriegen. Es muß die Möglichkeit geben, so etwas zu ahnden. Nur, der Staat darf sich nicht von sich aus von der schärfsten Seite zeigen und unangemessen vorgehen. Das kann doch nur dann geschehen,

wenn dies ein Betroffener verlangt.

Auch meine Freunde haben in ihren Akten einen Spitzel aus dem Freundeskreis entdeckt. Die waren schon sauer auf ihn.

Bloß, an Strafverfolgung hat da keiner gedacht. Ich bin Katholik und bete täglich das Vaterunser. Darin heißt es: „Herr vergeb mir, wie auch ich vergeb meine Schuldigern.“ Das müssen wir Christen ernst nehmen.

„Der Generalverdacht gegen alle Ostdeutschen muß vom Tisch“

NEIN

LUTZ RATHENOW

Der 41jährige Schriftsteller und ehemalige Bürgerrechtler aus Berlin war über Jahre Beobachtungsobjekt der Stasi. Rathenow zählt zu den eifrigsten Nutzern der Unterlagen der Berliner Gauck-Behörde



Vom ersten Tag der Akteneinsicht an wurde eine Sachdiskussion durch jene blockiert, die die Akten schließen oder vernichten mochten.

Wer so tun will, als seien diese Psychogramme der Machtausübung nicht mehr da, überläßt ihre Nutzung den ehemaligen Offizieren. Oder Geheimdiensten, die davon profitieren durften. Oder sehen sich die Aktenschließer etwa auch in der Lage, den sowjetischen KGB samt seinen Kopien aus deutschen Beständen zu versiegeln?

Wer nicht im Lesesaal der Gauck-Behörde gesehen hat, wie täglich eine private Vergangenheitsklärung von vielen Menschen begierig und dankbar praktiziert wird, sollte bei dem Thema besser schweigen. Und die meisten warten noch auf ihre Gelegenheit dazu. Jede Behinderung verweigert

ihnen die moralische und – mitunter – juristische Rehabilitierung.

Ehemalige Bürgerrechtler sind dann Fälschungen und Verleumdungen hilflos ausgesetzt – wir ahnen nur, was die pure Existenz der Akten an böswilligen Aktivitäten ehemaliger Zersetzer verhindert hat. Die Oppositionellen von einst werden ihre Forschungen zur DDR-Vergangenheit auch außerhalb der Legalität fortsetzen.

Aber vielleicht wollen die Aktenbeseitiger diese Kriminalisierung. Sie dürfen sich dann als Vollstrecker der Stasi fühlen.

Statt dessen sollten die Einsicht erleichtert und die Forschungsvorhaben beschleunigt werden. Damit diese Geschichte schnell zur Geschichte wird.

Sonst kapituliert unser Deutschland vor dem Erbe der letzten deutschen Diktatur.

„Jede Behinderung verweigert den Betroffenen die moralische Rehabilitation“



TERRORISMUS

Wie sich DDR und RAF nahe kamen

Früher als bisher bekannt wußte die Stasi alles über Baader-Meinhof und Genossen

Die Dame hatte Probleme am Zoll. Bewaffnete Passagiere sieht man an keinem Flughafen gern, und am ehemaligen DDR-Airport Berlin-Schönefeld wurden Fluggäste schon wegen geringerer Vergehen herausgefischt. Die Frau aber, die Grenzer an jenem Frühjahrstag 1978 aufhielten, verlangte trotz der bei ihr gefundenen Pistole kühl nach einem hochrangigen Gesprächspartner – und bekam ihn auch.

Kein Wunder: Der resolute Fluggast war Inge Viett, als Führungsfigur der linksterroristischen „Bewegung 2. Juni“ Stammgast auf westdeutschen Fahndungsplakaten. Auf ihren prominenten Gesprächspartner mußte Viett nicht lange warten: Stasi-Oberst Harry Dahl, Chef der Abteilung XXII (Terrorabwehr) eilte von der Normannenstraße unverzüglich an den Flughafen. Nach der Unterhaltung war die Terroristin aller Sorgen ledig, sie durfte sogar die

Pistole behalten. Dahl hatte sie nur um die Herausgabe der Munition gebeten.

Dieses Treffen galt bisher als Beginn der sogenannten RAF-Stasi-Connection, in deren Verlauf zahlreiche Aussteiger der Rote Armee Fraktion in die DDR übersiedelten und dort bis zur Wende ein unauffälliges, bürgerliches Leben führten.

Die prominente Aufwartung Inge Vietts hatte jedoch ein längeres Vorspiel. Der Berliner Journalist und Politologe

tologe Peter Siebenmorgen fand nach monatelangem Aktenstudium und zahllosen Gesprächen mit MfS-Offizieren heraus: „Die Stasi wußte schon damals nahezu alles über Struktur und Zustand der in Depression verfallenen und von Auflösungstendenzen befallenen westdeutschen Terrorszene.“ *

Inge Viett, die den „2. Juni“ später mit der RAF fusioniert hat, fiel der Stasi wie eine reife Frucht in den Schoß. Sie war dem DDR-Geheimdienst schon früh aufgefallen – auch als potentielle Bedrohung. Seit dem Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft 1972 in München hatte Honeckers Sicherheitsapparat Angst, auch die DDR könnte Ziel von Attentaten werden.

Stasi-Spitzel in westdeutschen Sicherheitsbehörden und andere operative Maßnahmen konzentrierten sich auf die Baader-Meinhof-Gruppe sowie den „2. Juni“. Schon 1974 finden sich im Fahndungssystem an den Grenzübergangsstellen sogenannte Zielkontrollaufträge der Stasi-Arbeitsgruppe XXII. Spätestens ab 1975, erfuhr Siebenmorgen, „war die Stasi zumindest im Umfeld der RAF verankert“.

Auch organisatorisch bekam das Thema in den 70er Jahren eine kräftige Aufwertung. Zuerst wurde die „Arbeitsgruppe“ für Terrorabwehr zu einer „selbständigen Abteilung“ ernannt – und 1979 erhielt die Crew personelle Spitzen-Verstärkung: Günter Jäckel wech- ▶

* Peter Siebenmorgen: „Staatsicherheit“ der DDR – Der Westen im Fadenkreuz der Stasi; Bouvier Verlag, Bonn

ENDE DES EXILS



Ex-Terroristin Inge Viett bei der Festnahme

RAF UND HELFER
Mit Inge Viett begann nicht nur der Transfer ausgestiegener RAF-Mitglieder in die DDR. Die Terroristin versorgte die Stasi schon zuvor mit Informationen.



Mielkes Vize Gerhard Neiber

NICHT NUR SPIONAGE



Markus Wolf

HVA UND RAF
Die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) unter Markus Wolf wußte schon in den 70ern viel über die Pläne der RAF. Stasi-Offizier Voigt, rechts bei der Festnahme, betreute Aussteiger.



Helmut Voigt

wechselte aus Markus Wolfs Abteilung III der HVA (Hauptverwaltung Aufklärung) auf den Posten des stellvertretenden Chefs der Terrorabwehr.

Jäckel schien wie geschaffen für diesen Job: „Neben seinen allseits anerkannten analytischen Fähigkeiten“, so Autor Siebenmorgen, „zeichneten ihn vor allem die Erfahrungen aus, die er bei seinen Auslandseinsätzen als Resident der HVA in einigen arabischen und afrikanischen Staaten gesammelt hatte.“

Ein arabischer Staat, das sozialistische Südjemen, bot sich als Beobachtungsfeld bestens an. Zum einen waren die dortigen Staatssicherheitsorgane vom gleichnamigen Ostberliner Ministerium aufgebaut worden und standen weitgehend unter Kontrolle der Wolf-Abteilung III und des vor Ort zuständigen Oberst Fiedler.

Zum anderen wurden die südjemenitischen Lager der extremen Palästinenserorganisation PFLP für die RAF-Generation der Christian Klar, Adelheid Schulz oder Werner Lotze spätestens seit 1978 Fluchtburg, Ausbildungszentrum und Kurort zugleich.

Michael Müller und Andreas Kannonberg, Autoren des bisherigen Standardwerks „Die RAF-Stasi-Connection“, wunderten sich noch, „warum die Palästinenser sich ausgerechnet mit diesem wenig erfolgreichen und dezimierten Haufen RAF abgeben“. Immerhin verfügte die PFLP damals „über Terrorspezialisten vom Schlage eines Abu Nidal und auch zum Teil über die Carlos-Organisation“.

Offiziell war es die Entscheidung der südjemenitischen Führung unter Generalsekretär Ali Nasser Mohammed, neben den Terrorgruppen der PLO auch deutschen Politdesperados unter die Arme zu greifen.

Dahinter stand jedoch – im Jemen ging nichts ohne die Helfer aus der DDR – Mielkes MfS, genauer: Markus Wolfs HVA. Wolfs Offiziere stimmten

zu, wenn die PFLP-Kämpfer ihren westdeutschen Genossen Platz machten im Lager, ihnen Dokumente und Finanzen zur Verfügung stellten, sie an Waffen und Sprengstoff schulten.

Dabei hatte Mielkes Stellvertreter, Stasi-General Gerhard Neiber, noch im April 1979 wortreich den linksextremen Terror geißelt. Ausgerechnet in Prag, einer Drehscheibe des damaligen internationalen Terrorismus, schrieb Neiber den vermutlich amüsierten Kollegen der „Bruderorgane“ ins Stammbuch: „Uns

len ist bekannt, daß der Terrorismus als Kampfform zur Verfolgung politischer Ziele dem Marxismus-Leninismus zutiefst wesensfremd ist.“

Markus Wolfs HVA III ging es denn auch vorrangig um gezielte Einflußnahme auf die im Jemen abgetauchten Terroristen – es mußte garantiert sein, daß es in der DDR auch weiterhin keine RAF-Aktivitäten gebe.

Um die in der DDR abgetauchten Aussteiger kümmerte sich dann Helmut Voigt, Leiter der Stasi-Abteilung Linksterrorismus. Er ahnte, daß ihm diese Funktion im neuen Deutschland Ärger einhandeln könnte – und setzte sich nach Griechenland ab. Im April dieses Jahres wurde er festgenommen und später ausgeliefert. ■

AXEL KINTZINGER

Gegendarstellung

FOCUS Nr. 37 v. 13.9.1993 berichtet unter der Überschrift „Neun Millionen in zehn Tagen“ Unzutreffendes über mich: 1. Unrichtig ist die im Schaubild aufgestellte Behauptung, Richter Haarmeyer „vergift Sequesteraufträge für Konkursverfahren“ an mich. Richtig ist, daß mir Richter Haarmeyer lediglich ein Sequesterverfahren übertragen hat. 2. Durch die Bildunterschriften „Die Immobilienfirma, bis Sept. '92 im Besitz von Hohenhau kassiert Provisionen“ und „Der Notarvertrag beinhaltet Maklergebühr an Hohenhau“ wird der unzutreffende Eindruck erweckt, ich hätte von der Fa. i 1 GmbH Maklergebühren erhalten. Ich habe jedoch keine Maklerentgelte von der Fa. i 1 GmbH erhalten, da diese bis Juli 1992 keine Maklergeschäfte getätigt hat, und der Verkauf der i 1 GmbH mit Wirkung zum 1. 7. 92 erfolgte. Gem. Notarsvertrag vom 28. 9. 92 steht mir für 1992 keine Gewinnbeteiligung zu, da es in Ziff. IV. heißt: „Das Gewinnbezugsrecht steht dem Erwerber jedoch ungeteilt zu.“ 3. Es wird behauptet, ich hätte einen Vorschuß auf meine Verwaltervergütung für die Konsumgenossenschaft von 15 Mio. Mark erhalten. Das ist falsch: Der Vorschuß beträgt 3 Mio. Mark.

Halle, den 21. 10. 1993
Rechtsanwalt Dr. Siegfried Baron von Hohenhau

Anmerkung der Redaktion:

Baron von Hohenhau erhielt allerdings für seine fünf Tage Sequestertätigkeit über das Vermögen der Konsumgenossenschaft Halle 12,7 Mio. Mark. Hiergegen hat das Finanzamt Halle namens des Landes Sachsen-Anhalt Rechtsmittel eingelegt. Eine Entscheidung des Amtsgerichts steht noch aus. Die Staatsanwaltschaft führt zudem Ermittlungen gegen ihn wegen Vorteilsgewährung.

Gegendarstellung

In FOCUS Nr. 42/1993, S. 15 wird unter der Überschrift „Millionen-Baron gefeuert“ über mich behauptet, ich sei ebenfalls gefeuert worden. Diese Behauptung ist unwahr. Tatsächlich bin ich auf eigenen Wunsch vorübergehend an das Oberlandesgericht Naumburg abgeordnet worden.

Westerland, den 18. 10. 1993
Hans Haarmeyer, Präsident des Amtsgerichts Halle-Saalkreis

Anmerkung der Redaktion:

Der Grund der von Richter Haarmeyer gewünschten Abordnung sind gegen ihn laufende Vorermittlungen des Präsidenten des Oberlandesgerichts. Richter Haarmeyer hat im Auftrag des Konkursverwalters von Hohenhau ein Rechtsgutachten im Konkursverfahren Konsum-Halle für 100 250 Mark verfaßt. Das ist nach dem Richtergesetz verboten.



STAATSBESUCH, der Wirbel auslöste: festliches Diner für den Bundespräsidenten im Präsidentenpalast von Santiago de Chile

WEIZSÄCKER

Der Meister des Dementis

Präsidenten-Crew geübt im Ausbügeln problematischer Äußerungen

Hans-Henning Horstmann wußte, was er zu tun hatte. Er dementierte. Diesmal schritt der Diplomat im Dienste des Bundespräsidenten in Santiago de Chile zur Tat, um gegen eine „noble Geste“ vorzugehen.

Mit jenen Worten war in der chilenischen Zeitung „La Tercera“ Richard von Weizsäckers Dank für die Aufnahme des früheren DDR-Staats- und Parteichefs Erich Honecker zitiert worden. Ein „Exklusivinterview“ mit der Zeitung habe es nicht gegeben, so der Präsidentensprecher.

In fast zehn Jahren Amtszeit haben Weizsäcker und seine Leute eine clevere Dementier-Technik entwickelt: Wenn Sprachjongleur Weizsäcker ein problematisches Zitat entschlüpft, weiß seine Crew das Gesagte kunstvoll zu bestreiten.

In Chile dementierte der Präsidentensprecher, was gar nicht behauptet worden war. Es war kein Interview; die beiden „Tercera“-Redakteure hatten Weizsäcker am 3. November nach

einem Konzert im Kunstmuseum von Santiago abgepaßt. Dabei, so versichern sie heute, habe Weizsäcker sogar mehrfach Chiles „noble act“ gegenüber Honecker gelobt.

Weil nach einer Protestwelle (FOCUS 45/93) nicht mehr wahr sein durfte, was gewesen war, versuchte Horstmann, die Glaubwürdigkeit der Zeitung zu untergraben: „Tercera“ sei ein „rechtsgerichtetes Boulevardblatt“ – der Bundespräsident als Opfer unseriöser Pinochet-Handlanger? Chilenische Korrespondenten in Bonn nennen das Blatt, die größte Zeitung des Landes, hingegen liberal.

Weizsäckers Sprecher beherrscht das Geschäft mit derlei Mißverständnissen virtuos:

- Dementiert wurde auch Weizsäckers Zitat über den CDU-Präsidentenwahlkandidaten, Heitmann versöhne nicht, sondern spalte. Doch Weizsäcker hat dies gesagt – nur eben nicht öffentlich.
- Als die „Bild“-Zeitung aus Stasi-

Protokollen von 1980 abfällige Bemerkungen Weizsäckers über Kohl zitierte („Er wird niemals Kanzler und besitzt auch nicht die Fähigkeit dazu“), lautete das flau Dementi, dies entspreche „weder dem gedanklichen Duktus noch nach der Ausdrucksweise der Wahrheit“. Dabei hat Weizsäcker viele in Bonn wissen lassen, daß er tatsächlich so über Kohl denkt.

● Nicht dementiert wurde die „Süddeutsche Zeitung“, die im Juni 1992 berichtete, daß Mercedes-Benz auf einen „Tip“ von Beamten hin Geländewagen für Weizsäckers Afrikareise spendierte. Dementiert wurde erst, als diese Sache im Zusammenhang mit der bayerischen Amigo-Affäre brisant wurde (FOCUS 9, 10/93).

Die Dementi-Masche hat Tradition. Kurz vor seiner Wahl zum Präsidenten 1984 sorgte die Meldung für Wirbel, daß er im CDU-Bundesvorstand der umstrittenen Parteispenden-Amnestie zugestimmt habe. Teilnehmer berichteten, daß sich nur drei junge CDU-Politiker meldeten, als Kohl ausdrücklich fragte, wer dagegen sei. Danach beantwortete CDU-Sprecher Wolter von Tiesenhausen die Frage von Journalisten, ob Weizsäcker dagegen gewesen sei, korrekt mit „Nein“.

Weil die Sache dem designierten Bundespräsidenten peinlich war, mußte Tiesenhausen dementieren. Beim Volk blieb das Dementi hängen, nicht die Wahrheit. ■

ULRICH REITZ/STEFAN REKER



CHILE: „noble act“ für Honecker?



AFRIKA: Billigjeep für den Präsidenten



ÖFFENTLICHER DIENST

„Ein enormer Leidensdruck“

Beamte – eine aussterbende Spezies? Wegen der Krise sind ihre Privilegien gefährdet wie nie

Der Minister plante eine Revolution: Deutsche Beamte sollten besser besoldet, die Fleißigen unter ihnen besser besoldet werden. „Damit würde der Leistungsgedanke in seiner ursprünglichsten Form auf Beamte angewendet“, freute sich der Bonner Innenminister Gerhart Baum (FDP) im Jahr 1982.

Zu früh. Natürlich wurde aus dem Vorstoß des wackeren Liberalen ein Rohrkrepiere. Wie immer, wenn es bisher in der Geschichte der Republik darum ging, den Öffentlichen Dienst zu reformieren.

Innenminister jeglicher Couleur, Kommissionen aus Politikern und Experten sowie tapfere Einzelkämpfer scheitern seit Jahrzehnten an der starken Beamtenlobby in den Parlamenten: „Natürlich ist es ein großes Problem, daß so viele Parlamentarier selbst Beamte sind und die Beamten eine mächtige Gruppe in der Bevölkerung“, konstatiert Susanne Tiemann, Präsidentin des Bundes der Steuerzahler. Zudem habe das Beamtenrecht „ein besonderes Beharrungsvermögen entwickelt“. Dem zum Trotz versuchen sich zahlreiche Unentwegte in Bund, Ländern und Kommunen erneut an Reformen.

Ihre Chancen, diesmal wenigstens ein paar Änderungen am starren Regelwerk des Öffentlichen Dienstes durchzusetzen, stehen nach Tiemanns Ansicht aber besser als je zuvor: „Nichts wirkt so motivierend wie leere Kassen.“ (siehe Interview Seite 58)

So sieht es auch Michael Schöneich, Dezernent beim Deutschen Städtetag in Köln: „Es gibt eine Modernisierungswelle auf breiter Front, die aller-

dings nicht aus Einsicht, sondern aus blanker Not heraus entsteht. Der Leidensdruck ist enorm.“

In „allen Spielarten“ würden neue Verwaltungsmodelle geprobt. Das Vorbild vieler deutscher Bürgermeister und Kämmerer liegt jenseits der Grenze, im holländischen Tilburg.

In der 160 000-Einwohner-Stadt wird die Verwaltung wie ein Konzern geführt. Ihre Dienstleistungen werden als Produkte angesehen, die kosten- und qualitätsbewußt erzeugt werden müssen. Bei bestimmten Dienstleistungen konkurriert die Kommune mit privaten Anbietern.

Fachdienste, in der Form vergleichbar mit deutschen Ämtern, entscheiden selbstständig über Struktur, Stellenbedarf, Auswahl, Qualifizierung und Fortbildung der Mitarbeiter. ▶

PRIVILEGIEN

- ä Unkündbarkeit: Beamte haben sichere Arbeitsplätze.
- ä Vorteil im Alter: Sie erhalten 13 Pensionszahlungen im Jahr, für die sie nie Beiträge geleistet haben. Die Höhe berechnet sich – anders als beim Rentner – nicht nach Durchschnitts-Lebenseinkommen, sondern nach dem letzten Gehalt vor der Pensionierung.
- ä Automatik: Die Gehälter steigen automatisch alle zwei Jahre (Dienstalterszulage), Beförderungen gibt es extra. Beamte erhalten ihr Geld bereits vor getaner Arbeit, zu Beginn des Monats, bekommen zahlreiche Rabatte (z. B. Kfz-Versicherung), doppeltes Kindergeld und Heiratsprämien. Es gibt 400 verschiedene Zulagen.

DIE ERSTEN GROSSEN Opfer der Privatisierer sind Post und Bahn

Illustration: Stephen Gorman



Aufträge vergeben sie eigenverantwortlich. Für selbstverschuldet Defizite müssen sie dann allerdings auch geradestehen. Mit eventuellen Überschüssen dürfen sie – zumindest teilweise – fleißige Mitarbeiter belohnen.

Einmal im Jahr werden in einem Sitzungsmarathon zwischen Verwaltungsspitze („Holding“) und Fachdiensten Aufgaben und Finanzmittel ausgehandelt. Genannt wird dies Kontraktmanagement.

In den Niederlanden arbeiten inzwischen rund 80 Prozent aller Städte über 70 000 Einwohner nach diesem Muster. Teile des Tilburger-Modells finden in Deutschland mehr und mehr Nachahmer. Unter anderen versuchen sich Duisburg, Köln und Dortmund bereits an Leistungsanreizen für den Öffentlichen Dienst. „Trend: Mit weniger Personal mehr Leistung erreichen“, so Schöneich.

Der deutsche Shooting-Star in Sachen Entbürokratisierung und Leistungsförderung kommt ebenfalls aus einer mittelgroßen Stadt, aus dem hessischen Offenbach (110 000 Einwohner). Der



„Im Öffentlichen Dienst muß bald etwas passieren“

WERNER HAGEDORN
BEAMTENBUND-VORSITZENDER

39jährige Ex-Unternehmensberater und jetzige Kämmerer Gerhard Grandke sanierte die völlig überschuldete Lederwarenstadt. Sein Credo: drastisch sparen, privatisieren, leistungsorientiert bezahlen. Sein Mut wurde belohnt: Die Offenbacher wählten den SPD-Politiker zum neuen Oberbürgermeister (siehe Kasten).

Verbündete finden Kommunen, die verzweifelt Wege aus der Schuldennot suchen, bei der mächtigen Mittelstandsvereinigung (MIT) der CDU/CSU. Die MIT startete im Mai gar eine „Aktion Privatisierung“, klärt laufend

Stadt- und Gemeinderäte über Privatisierungsmöglichkeiten auf, gibt Hilfestellung bei der Umsetzung. MIT-Hauptgeschäftsführer Peter Helmes ist ebenso wie der Bund der Steuerzahler überzeugt: „Die Zeit ist wegen der Rezession günstig wie nie.“

Helmes' Traum: „80 Prozent der staatlichen Leistungen sind privatisierbar und können von der Wirtschaft effizienter, schneller und billiger erbracht werden.“ Und das alles ganz ohne Gesetzesänderungen.

Auch auf Länderebene ist einiges in Bewegung. Zwischen Flensburg und Garmisch ist eine Art überparteilicher Wettbewerb um Sparmöglichkeiten und Reformvorschläge entstanden. Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis, die freche sozialdemokratische Front-Frau, wagte als erste, Hand an die Landesbeamten zu legen.

Um dem hochverschuldeten nördlichsten Bundesland Kosten zu sparen, müssen Beamte eine Stunde pro Woche länger arbeiten. Berlin zog nach. Bayerns neuer Ministerpräsident ▶

VORBILDFUNKTION

Motivation ist das Zauberwort

Ein Ex-Unternehmensberater krepelt die Verwaltung Offenbachs um und saniert die Stadt

Not macht erfindersch: Mit fast 700 Millionen Mark Schulden und einem aufgeblähten Verwaltungsapparat stand die Stadt Offenbach 1990 vor dem finanziellen Ruin. Drei Jahre später sieht die überschuldete Stadt wieder Land. Zu verdanken ist dies Gerhard Grandke (SPD), noch Kämmerer und Personaldezernent, ab 20. Januar 1994 Oberbürgermeister der 110 000 Einwohner zählenden Stadt.

Das Sanierungsrezept des Ex-Unternehmensberaters: sparen, Umschulden, Ausgliedern von öffentlichen Betrieben, Schließen von Schwimmbädern und Bibliotheken, drastischer Personalabbau in der Verwaltung und Leistungsanreize für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst.

Motivation heißt das Zauberwort Grandkes. „Das Prinzip ist einfach: Drei Leute machen bei uns einen Job.

Einer scheidet aus. Nun können die anderen beiden entscheiden, ob sie die Aufgabe des Dritten übernehmen wollen und dafür bis zu 30 Prozent der eingesparten Summe als zusätzliches Einkommen erhalten.“

Von dem Modell, an dem sich zunächst sechs Ämter beteiligen, profitieren beide Seiten: „Die Stadt spart Personalausgaben, die Mitarbeiter bekommen durch die Sanierungszulage einen Motivationsschub.“

Mehr als 200 Anfragen aus anderen deutschen Kommunen und aus Ministerien hat der 39jährige inzwischen beantwortet. Offenbach ist beliebtes Vorbild. Denn eine schnelle, funktionierende, moti-

vierte Verwaltung ist auch ein starker Standortvorteil. In Offenbach hat sich das bereits in Ansiedlungen und Arbeitsplätzen (5000 neue seit 1991) niedergeschlagen.

Von einst 2540 Beschäftigten arbeiten in Offenbach heute noch 1450 im Öffentlichen Dienst, bis Ende 1995 sollen es 1200 sein. Und das alles „ohne betriebsbedingte Kündigungen“, sondern durch „Ausgliederungen“ wie zum Beispiel bei der Müllentsorgung.

Unter Federführung der ÖTV wird im Moment der Reinigungsbereich angepackt. „Laut Gutachten ist die Produktivität 50 Prozent geringer als bei Privatunternehmen“, so Grandke.

Die Gewerkschaft habe zwei Jahre Zeit, „den Markt in den ausgegliederten Eigenbetrieb zu holen, die Effizienz zu steigern. Wenn sie das nicht schaffen, werde ich voll privatisieren und Aufträge an private Firmen geben.“



VORREITER: Gerhard Grandke (SPD)



„Entweder kommt es zur Reform des Beamtentums oder zu seiner Abschaffung“

BURKHARD HIRSCH
FDP-BUNDESTAGSABGEORDNETER

legte sogar noch etwas drauf: Edmund Stoiber (CSU) führt zum 1. Januar 1994 für die beamteten Staatsdiener die 40-Stunden-Woche wieder ein. Niedersachsen will wenigstens die Lehrer länger arbeiten lassen. Es hängte Proteste von Gewerkschaften und vom Deutschen Beamtenbund (DBB).

Das Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Regina Görner: „Für die Defizite in den Ländern muß die Gesamtgesellschaft geradestehen, nicht eine einzelne gesellschaftliche Gruppe.“

Der schleswig-holsteinische DBB-Chef Hagen Elger sprach gar von „politischer Unredlichkeit“. Trotzdem gibt es weiterhin massenhaft Sparvorschläge aus den gebeutelten Ländern.

So setzt sich der CDU-Fraktionschef im baden-württembergischen Landtag, Günther Oettinger, dafür ein, die Beamtenpensionen von derzeit 75 auf

60 Prozent des letzten Aktiv-Gehalts zu senken: „Bereits im Jahr 2010 hat Baden-Württemberg rund 76 700 Beamte im Ruhestand zu versorgen. Das macht ein Viertel des Personalhaushalts aus.“ Außerdem fordert er eine längere Lebensarbeitszeit für Beamte.

Die Bayern wollen Beamte, die nur eingeschränkt dienstfähig sind, künftig nach Möglichkeit Teilzeit arbeiten lassen, anstatt sie wie bisher in den Ruhestand zu verabschieden.

Der niedersächsische CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl 1994, Christian Wulff, kann sich „vorstellen, mittelfristig das Berufsbeamtentum in Angestelltenverhältnisse umzuwandeln – zumindest in den mittleren und unteren Etagen“.

Auch Nordrhein-Westfalens Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) setzt auf die Modernisierung der Verwaltung und eine Reform des Öffentlichen Dienstrechts.

NRW schaltete auf seine Veranlassung als erstes Bundesland Unternehmensberater ein, ließ die Behörden durchforsten. Ergebnis: Tausende von Stellen werden gestrichen.

Nur Trippelschritte auf dem Weg zum schlankeren Staat macht dagegen der Bund. Zwar hat Innenminister Manfred Kanther (CDU) jüngst einen „Perspektivbericht“ zur Zukunft des

Öffentlichen Dienstes vorgelegt. Doch nichts darin ist neu. Selbst der Vorschlag, Spitzenpositionen auf Zeit zu vergeben, ist angestaubt.

Die heutige Treuhand-Chefin Birgit Breuel (CDU) hatte bereits vor 15 Jahren angeregt, „Führungskräfte im Öffentlichen Dienst etwa auf fünf Jahre anzustellen, in denen sie sich behaupten müssen“. Wenn nur die Verträge der erfolgreichen Beamten verlängert würden, wüchse die Leistungsbereitschaft.

Wo die resolute Ex-Finanzministerin aus Niedersachsen die Peitsche einsetzen wollte, will Kanther allerdings mit dem Zuckerbrot locken, das den Steuerzahler allein auf Bundesebene zusätzlich rund 64 Millionen Mark kosten würde.

Nicht geringe Leistung soll bestraft, sondern „über dem Durchschnitt liegende, besondere Qualität“ mit einer „Leistungszulage“ belohnt werden. Doch da müßten führende Staatsdiener ja Managerqualitäten entwickeln und Mut zur Beurteilung.

Darin sehen die Beamten des Innenministeriums, von denen der „Perspektivbericht“ erstellt wurde, schier unzumutbare Schwierigkeiten: „Das Hauptproblem bei der Anwendung der Regelung wird in der Feststellung der besonderen Leistung liegen, weil es keine objektiven Kriterien der Meßbarkeit gibt.“

Der beamtenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Manfred Richter, findet diese Einstellung sonderbar. „Überall wird Leistung beurteilt. Warum sollte nicht auch ein Dienststellenleiter dazu fähig sein? Kritik muß er genauso aushalten können wie eine Führungsfigur in der Wirtschaft.“

Zudem fordert Richter eine „Erhöhung der Mobilität“: „Laut Ge- ▶



KEIN HUNGERLOHN

Polizisten werden häufig als Beispiel dafür genannt, wie schlecht bezahlt Beamte sind. Nachfolgend Angaben aus Nordrhein-Westfalen, das den Polizeidienst gerade reformiert:

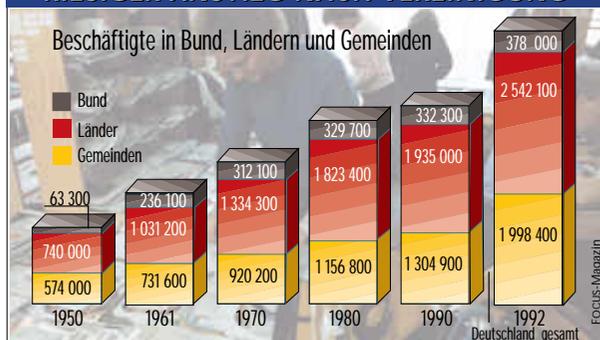
Polizeimeister/in, bis 25 Jahre, Steuerklasse I: 1946,20 brutto, 1665,53 netto

Polizeimeister, 28, verheiratet, Steuerklasse III, zwei Kinder: 3769,66 brutto, 3828,78 netto (Auszahlung wegen der Zulagen höher als Bruttogehalt)

Polizeikommissar, 34, verheiratet, zwei Kinder, Steuerklasse III: 4361,40 brutto, 4279,55 netto

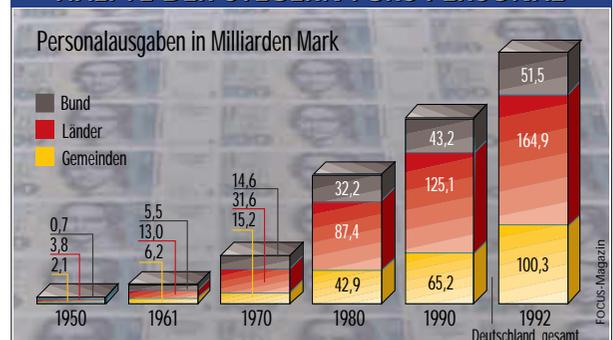
Polizeihauptkommissar, 41, verheiratet, zwei Kinder, Steuerklasse III: 5714,04 brutto, 5285,93 netto

RIESIGER ANSTIEG NACH VEREINIGUNG



Quelle: Bund der Steuerzahler

HÄLFTE DER STEUERN FÜRS PERSONAL



Quelle: Bund der Steuerzahler



„Die Lasten durch Beamtenpensionen sind ein riesiger Sprengsatz“

RUDI WALTHER, VORSITZENDER
DES BUNDESTAGS-HAUSHALTAUSSCHUSSES

setz können Beamte innerhalb ihres Dienstherren-Bereichs versetzt werden, de facto passiert es kaum. Das muß sich ändern.“

Sein Fraktionskollege Burkhard Hirsch, Innen-Experte der FDP-Bundestagsfraktion, weiß warum: „Das ist die pure Bequemlichkeit!“ Hirsch verlangt sogar, „Versetzungen von einem Dienstherren zum anderen. Warum soll ein frühpensionierter Bundeswehrbeamter nicht an ähnlicher Stelle beim Bundesgrenzschutz eingesetzt werden können?“ Er will zudem die Laufbahnen „durchlässiger gestalten“, schnellere Karrieren ermöglichen.

Seine Lieblingsidee könnte aus Holland stammen: „Kostenverantwortung auch an die unteren Ebenen delegieren. Das motiviert und spart zugleich Kosten.“ Wenn's nach ihm ginge, bekäme zum Beispiel eine Polizei-

behörde ihr eigenes Budget mit eigenen Einnahmen. „Denkbar wären Einnahmen aus Gebühren.“

Rudi Walther (SPD), Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Bundestag, fordert, Beamte nur noch – wie es das Grundgesetz vorschreibt – in hoheitlichen Bereichen einzusetzen. Er hat die hohen Lasten durch Beamtenpensionen im Auge, die zu 100 Pro-

zent vom Steuerzahler getragen werden und „ab Ende der 90er Jahre exponentiell ansteigen werden. Das ist ein riesiger Sprengsatz“.

Wer das finanzielle Ausbluten der nächsten Generationen nicht wolle, müsse die Beamtenschar eng begrenzen. Allein auf Bundesebene steigen die Pensionslasten laut Finanzministerium von jetzt 13,5 Milliarden Mark auf 21,9 Milliarden im Jahr 2006. Walther: „Die Regierung muß sofort handeln. Das Staatsinteresse ist höher zu bewerten als die Gruppeninteressen der Beamten.“

Rudi Walther ist außerdem für die „Abschaffung der schrecklichen Hierarchiestufen, die die Motivation zerstören und zur Mehrfachbearbeitung jedes Vorgangs führen“. Sein Motto: „Aus fünf Hierarchiestufen mach drei wie in der Wirtschaft.“

INTERVIEW

„Zum erstenmal eine Chance“

Susanne Tiemann fordert Privatisierungen und jährliche Stellenkürzungen um ein Prozent

FOCUS: Jeder sechste Deutsche arbeitet im Öffentlichen Dienst. Wie lange verkraftet der Staat das noch?

Tiemann: Er verkraftet es jetzt schon nicht mehr. Nach neuesten Rechnungen unseres Instituts wird annähernd jede zweite Steuermark für Beschäftigte bei Bund, Ländern und Gemeinden ausgegeben. Leute, die bei den Sozialversicherungen, bei Post und Bahn arbeiten sind da noch gar nicht mitgerechnet. Die Personalausgaben sind von 1950 bis heute um ein Drittel stärker gestiegen als das Bruttosozialprodukt.

Nun hilft nur noch ein Sofort-Programm: Öffentliche Dienstleistungen und überflüssigen Staatsbesitz privatisieren, jedes Jahr ein Prozent der Stellen im Öffentlichen Dienst abzubauen. Außerdem brauchen Gruppen wie Lehrer nicht mehr unkündbare Beamte zu sein. Sie können als Angestellte beschäftigt werden.

FOCUS: Laut Beamtenbund sind aber Angestellte teurer als Beamte...

Tiemann: Das ist eine Milchmädchen-Rechnung: Abweichend von den Regelungen bei Angestellten werden die hohen Beam-



KRITIK AN UNKÜNDBARKEIT: Susanne Tiemann, Chefin des Bundes der Steuerzahler

ungsbezüge erst nach etwa 35 Jahren haushaltswirksam. Diese zukünftigen Lasten bleiben meist unbeachtet. Nur wo es um hoheitliche Aufgaben geht, wie z. B. bei Polizei und Justiz, muß es wohl weiter Beamte geben. Zudem sollte das Privileg Unkündbarkeit im gesamten Öffentlichen Dienst kritisch überdacht werden.

FOCUS: Bundestag und Bundesregierung wollen „den Leistungsge-

sichtspunkt“ im Beamtenrecht stärken – mit einem zusätzlichen finanziellen Zuckerl...

Tiemann: Nichts gegen Leistungsanreize. Allerdings habe ich größte Sorgen, daß daraus wieder eine milliardenschwere Zulage wird, die praktisch jeder bekommt, der nicht gänzlich versagt. Mein Vorschlag: In den Genuß der zweijährigen Einkommenserhöhungen, den Dienstalterszulagen, kommt man nicht mehr automatisch, sondern nur, wenn man wirklich gut gearbeitet hat. Man müßte das ganze Besoldungssystem entrümpeln und umstrukturieren...

FOCUS: ... worüber seit mindestens zwanzig Jahren gesprochen wird.

Tiemann: Richtig. Aber jetzt besteht zum erstenmal eine wirkliche Chance, weil nichts so sehr die Einsicht fördert wie leere Kassen.

FOCUS: Was würden Sie noch abschaffen, wenn Sie könnten?

Tiemann: Den „Goldenen Handschlag“, die vorzeitigen Pensionierungen. Es ist ein Skandal, daß massenhaft Leute mit hohen Pensionen nach Hause geschickt werden, die sich für den Ruhestand zu jung fühlen und auf den Arbeitsmarkt drängen. Der Steuerzahler ist praktisch gezwungen, die eigene Konkurrenz zu bezahlen. Der Staat muß versetzen anstatt zu pensionieren und Nebenjobs auf die Pension anrechnen wie beim normalen Rentner auch.

Selbst der auf Bewahrung der Privilegien bedachte Beamtenbund weiß, daß im Öffentlichen Dienst „bald was passieren muß“. Beamtenbund-Chef Werner Hagedorn will „stärkere Motivation durch Leistungsanreize. Leistungsstarke Leute müssen nach oben kommen können.“

Er kann sich sogar vorstellen, „einzelne Bereiche in öffentlich-rechtliche Anstalten umzuwandeln, wie das sehr erfolgreich bei den Sparkassen gemacht wurde, die marktgerecht bezahlen“.

Auch gegen Privatisierungen habe er „prinzipiell nichts, wenn sie ebenso gut und nicht teurer sind“. Allerdings: „Wir wehren uns gegen den Eindruck, daß man nur Beamte wegnehmen muß und in wunderbarer Weise werden sich rote in schwarze Zahlen wandeln.“

Außerdem müsse man mal über eine andere Verteilung des Lebensinkommens nachdenken, damit der Öffentliche Dienst für junge Leute attraktiver werde. „Viele Beamte, gerade die jüngeren, sind verdrossen.“

Vielleicht auch, weil das Image der Beamten in der Bevölkerung auf einem Tiefstand ist. Laut Emnid finden 71 Prozent, Beamte seien durchaus ersetzbar.

Die meisten Befragten fanden nur negative Attribute für die Staatsdiener – und das, obwohl das Vertrauen in die staatlichen Institutionen andererseits sehr groß ist.

„Neue Neidlage“: Walter Tacke, Geschäftsführer von Emnid, kommt zu dem Schluß: „Eine Verschlechterung der Wirtschaftslage und die damit sichtbarer werdenden Privilegien eines sicheren Arbeitsplatzes schaffen eine neue Neidlage, die dem Status des Berufsbeamtentums schwer zu schaffen machen könnte.“

Eine Einschätzung, mit der er nicht allein dasteht. Burkhard Hirsch, langjähriger Kenner der Materie, drückt sich noch dramatischer aus: „Ich bin der festen Überzeugung, daß es in der nächsten Legislaturperiode entweder zur Reform des Beamtenentums oder zu seiner Abschaffung kommt.“

Im Superwahljahr 1994 wird kaum etwas passieren. Immerhin sind mehr als sechseinhalb Millionen Wähler im Öffentlichen Dienst tätig. Hirsch: „Wir werden jetzt sicher kein Wählerverjüngungsprogramm mehr beginnen.“ ■

BETTINA BAÜMLISBERGER/



HIRTENWORT gegen Arbeitslosigkeit von der Deutschen Bischofskonferenz, deren Vorsitzender Karl Lehmann ist



KIRCHE

Alte Denkmuster ade

Die Deutsche Bischofskonferenz geht mit einem Thesenpapier gegen Rezession an die Öffentlichkeit

Fahle Streifen am Horizont lassen berufsmäßige Optimisten schon jubeln. Doch der Deutsche Industrie- und Handelstag mahnt zur Klarsicht: Auch wenn die wirtschaftliche Lage sich bessert, werden 1994 weitere Arbeitsplätze abgebaut. „Es ist absehbar, daß die ökonomischen und sozialen Probleme durch eine Neubelebung der Konjunktur allein nicht mehr gelöst werden können.“ Diese Einsicht kommt nicht von Wirtschaftsexperten; der Satz steht in einem Thesenpapier der Deutschen Bischofskonferenz.

Die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen unter Vorsitz des Hildesheimer Bischofs Josef Homeyer bereitet dazu ein Hirtenwort vor. Es soll im Frühjahr 1995 erscheinen. Schon jetzt haben die Oberhirten dafür eine kirchenöffentliche Diskussion angestoßen - ein ungewöhnliches Verfahren in der Kirche.

Das Thesenpapier des katholischen Gremiums fordert angesichts der Wirtschaftskrise eine „grundlegende Überprüfung und Erneuerung unserer sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Rahmenbedingungen“. Selbstverständlich gewordene Denk- und Verhaltensweisen müßten „radikal in Frage“ gestellt werden.

Die Bischofskommission sieht einen Grund für Massenarbeitslosigkeit und

Strukturprobleme in „unflexiblen Lohn- und Gehaltsstrukturen in Privatwirtschaft und Öffentlichem Dienst“. Richtung Gewerkschaften zielt die Bemerkung, daß künftig „notwendige Investitionen Vorrang vor realen Lohnzuwächsen haben“ müßten.

Traditionellen Denkmustern der katholischen Soziallehre zuwider läuft der bischöfliche Vorschlag, im Bereich des Gesundheitswesens und des Umweltschutzes „die wenigstens vorübergehende Einrichtung sekundärer Arbeitsmärkte“ zu prüfen. Es sei besser, wenn der Staat Arbeit finanziere, anstatt Arbeitslose zu unterstützen, sagt inzwischen auch eine Reihe katholischer Sozialwissenschaftler.

Kritik an der Sicht mancher Katholiken übt Friedhelm Hengsbach, Professor für christliche Soziallehre an der Jesuiten-Hochschule Frankfurt: „Wir schätzen die Haus- und Erziehungsarbeit von Frauen hoch, aber bezahlen sie nicht; wir schätzen die Arbeit der Bundeswehr, vor allem fürs Kriegführen, nicht so hoch, aber bezahlen sie.“ Anders Cornelius Fetsch, Vorsitzender des Bundes katholischer Unternehmer. Er sieht in dem Modell keine Lösung, er fürchtet staatliche Billigkonkurrenz für die gewerbliche Wirtschaft. ■

HAJO GOERTZ



UNFALL FREI ERFUNDEN:
Uli Kurrle brachte den
Konkurrenten in Verruf

GEFAHR IN DER LUFT nimmt
zu: Alte Leinen an Gleitschir-
men reißen immer öfter

SABOTAGE

Einen Strick gedreht

Krieg der Gleitschirmhersteller: Produkt der Konkurrenz zerstört und Absturz vorgetäuscht

Der Gleitschirm schwebt ruhig über das Tannheimer Tal in Tirol. Eine harmlose Kurskorrektur, plötzlich stürzt der Pilot wie vom Blitz getroffen zur Erde. Im letzten Moment kann er den Rettungsfallschirm ziehen.

Der „Bruchpilot“ tischte diese Horrorgeschichte dem Deutschen Hängegleitverband (DHV) auf. Angebliche Unfallursache: Mehrere Leinen am Schirm seien gerissen. Das Corpus delicti lieferte er zehn Tage später ab.

Der Verband zog alle Schirme des Unglückstyps „Edel Racer“ aus dem Verkehr. Importeur Charly Produkte startete eine teure Rückrufaktion.

Charly-Mitarbeiter Robert Kleinhans forschte nach. Denn das Leinenopfer war ein Freund von Uli Kurrle, der beim Charly-Konkurrenten FlyMarket (Chef ist Bruder Stefan Kurrle) die Fäden in der Hand hält. Kurrle hatte zusehen müssen, wie der DHV neun seiner Schir-

me wegen Leinenproblemen sperrte, während Charly ohne Beanstandung blieb.

Hobbydetektiv Kleinhans fiel bei den Ermittlungen aus allen Wolken. Der Unglücksschirm wurde erst neun Tage nach dem angeblichen Absturz in Südtirol gekauft. Der Verkäufer erkannte den Kunden, der es „ungewöhnlich eilig hatte“, auf einem Foto: Es war Uli Kurrle.

Zerknirscht gab Kurrle zu: Der Absturz war erfunden, er selbst hatte die Leinen des Konkurrenzprodukts zerrissen und Charly beim DHV einen Strick gedreht. „Im Affekt“ will Kurrle gehandelt haben. Weil einem Edel-Piloten schon mal die Leinen rissen und der Verband den Schirm nicht sperrte (DHV-Argument: ein Pilotenfehler).

„Das ist ungeheuer“, sagt Charly-Chefin Uta Baier und verklagt Kurrle auf eine sechsstellige Schadenssumme. DHV-Chef Peter Janssen: „Das könnte der Beginn einer Marktverrohung gewesen sein.“



DHV-CHEF Janssen mit
den zerstörten Leinen

DAS LEINENPROBLEM

AUSLEINEN

Fachausdruck für das Reißen mehrerer Leinen am Gleitschirm, was zum Absturz führt. Bis zum ersten (und bisher einzigen) tödlichen Absturz im August dieses Jahres unter den 20 000 deutschen Hobbyparaglidern kaum bekannte Gefahr. Mehrere glimpflich ausgegangene Ausleiner folgten seither.

URSACHEN

Um Luftwiderstand zu verringern, wurden die Leinen immer dünner, die Piloten gleichzeitig immer wagemutiger und die Belastung der Leinen damit größer. Zudem haben Hersteller den Verschleiß unterschätzt. Aramid-Leinen („Kevlar“) gelten nach häufigem Knicken als anfällig.

KONSEQUENZEN

Der Deutsche Hängegleitverband verpflichtet jeden Piloten, ab sofort jedes Jahr (bisher alle zwei Jahre) seine Leinen beim Hersteller/Importeur überprüfen zu lassen. Folgende Schirme wurden vom DHV gesperrt: Magic Cloud 24/27, Grafitty M/L, Aerologic 47/51/55, Bliss M/L (alle FlyMarket/Kurrle), UP Stellar 33/35, Katana 55 (alle UP-Europe).



DIE ERINNERUNGEN DES STASI-HAUPTMANN'S KRÄMER

Die Geheimnisse des MfS

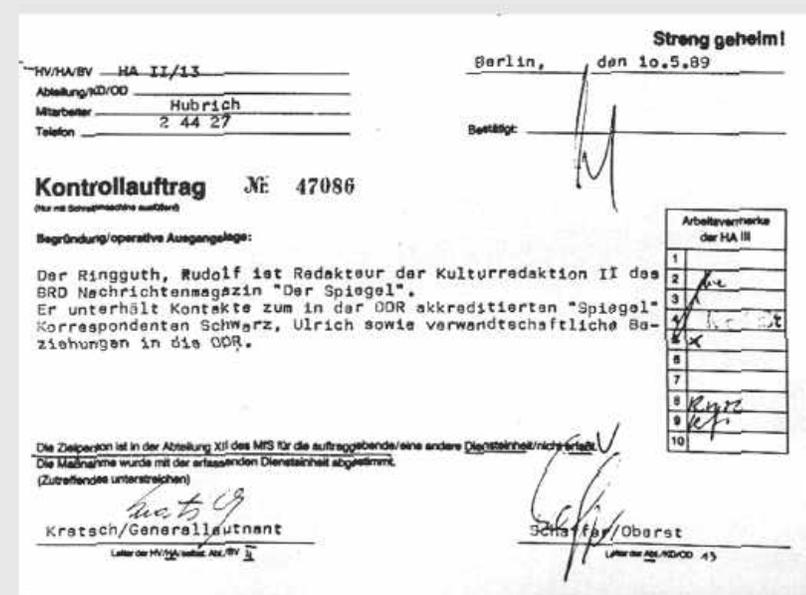
Insider-Bericht aus der Stasi. Hauptmann Krämer, Ex-Offizier der Abhörabteilung der Staatssicherheit, schildert in dieser Folge die Lauschangriffe gegen westdeutsche Journalisten.

■ Für die MfS-Hauptabteilung III, die 25 000 Westdeutsche permanent belauschte, waren Journalisten wichtige „Zielpersonen“. Im Visier standen besonders die Autoren kritischer Berichte über den Arbeiter- und Bauernstaat.

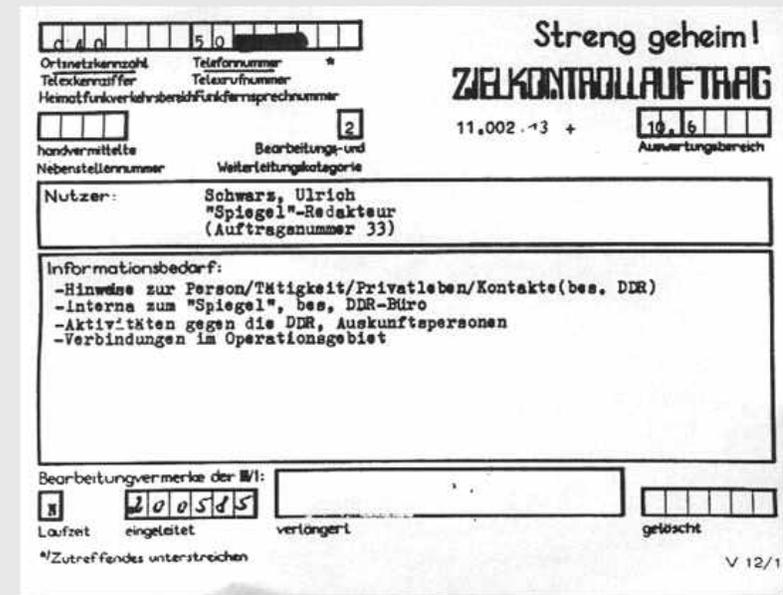
Abrechnung im deutschen Fernsehen, erstes Programm. Er war wieder einmal in Hochform. Rüffelte Polizei und Verfassungsschutz – es ging um das Fiasko von Bad Kleinen –, deutete dunkle Verschwörungstheorien an und nahm die Geheimdienste so richtig in die Mangel. Er empfand sich wohl, zur besten Sendezeit mit Millionen Zuschauern, als das Gewissen dieser Republik. Er, der bekannte TV-Journalist, führte die Schlapphüte so richtig vor.

Mensch, hab ich da gedacht, hau doch nicht so auf den Putz. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie sehr der große Agentenkritiker in Wirklichkeit mit den geheimen Dienstleistungen kungelte.

Dubioses „Schwerpunktobjekt“: Wie die Lauschtruppe in die „Spiegel“-Redaktion eindrang



INFOS aus der Kulturredaktion: Der Journalist Ringguth, am Telefon belauscht, sollte wichtige Details über den Ostberliner Korrespondenten Ulrich Schwarz liefern



UMFASSENDES Interesse: Jedes Detail aus dem Privat- und Berufsleben des Redakteurs Schwarz war von Bedeutung. Ganz wichtig: Wer sind seine Informanten?



ARGWÖHNISCH BEOBACHTET: Ulrich Schwarz, seinerzeit in Ostberlin akkreditierter „Spiegel“-Korrespondent. Rund um die Uhr überwachte die Stasi sein Telefon. Nahm Schwarz den Hörer ab, schalteten sich Tonbänder ein. Die protokollierten Gespräche kamen umgehend in die zentrale Auswertung

SPIONAGE

Die Stasi-Tarantel im „Spiegel“-Büro

Die DDR-Staatssicherheit durchleuchtete Westjournalisten und schöpfte sie bei Lauschangriffen rund um die Uhr ab. Bei der Schaltkonferenz der „Bild“-Zeitung hing die Stasi jeden Tag mit in der Leitung

Wir hatten ihn, den Chef des ARD-Politikmagazins, oft genug auf unseren Abhörbändern. Immer dann, wenn er, meist morgens, seine Zuträger beim Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach oder beim Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz anrief.

Der Kontakt konnte gar nicht besser sein. Wir bekamen mit, daß er oft nicht einmal großartig recherchieren mußte – er wurde in der Redaktion von Geheimdienstlern angerufen. Und bekam so, frei Haus und perfekt lanciert, gutes Material über Vorgänge in der DDR und anderen sozialistischen Staaten. Mal ging es um Oppositionsbewegungen, mal um Waffenhandel oder die Militärstrategie des Ostblocks – unser TV-Mann wurde stets gut gebrieft.

Gelegentlich schrieben geheime Dienste sogar mit. Eines Tages gingen wir ein Sendemanuskript ab, das der Bundesnachrichtendienst redigiert und an einigen Stellen komplett umgeschrieben hatte.

Ganz klar: Wir mußten diesen Fernsehmann unter Dauerbeobachtung haben, leiteten sogar noch am 24. August 1989 eine neue Zielkontrolle gegen ihn ein, unter Registriernummer 43036.

Der Fall dieses prominenten Fernsehjournalisten bestätigte eine damals im MfS weitverbreitete Meinung: Westliche Geheimdienste und einige einflußreiche politische Journalisten arbeiten Hand in Hand. Die einen stecken heiße Informationen, die

anderen präsentieren sie einem Millionenpublikum.

Perfekt gemacht, BND – auch das muß mal gesagt werden. In dieser Hinsicht verstanden die Pullacher ihr Geschäft, getreu der Geheimdienstmaxime: unliebsame Veröffentlichungen entweder verhindern oder beeinflussen.

Westliche Redakteure und Reporter, vor allem die mit DDR-Einsatz, waren für uns ein zwielichtiges Völkchen. Im schönsten MfS-Deutsch hörte sich das so an: Journalisten sind Exponenten und Inspiratoren politisch-ideologischer Subversion.

Klar, daß man sie unter Telefonkontrolle halten mußte. Vor allem die, die in der DDR mit ihren Berichten und

Reportagen große Wirkung erreichten. „Zielpersonen mit besonderer Bedeutsamkeit“, so unsere Definition, waren: Joachim Jauer und Dirk Sager von „Kennzeichen D“, Klaus Bednarz und Fritz Pleitgen von der ARD. Und da waren natürlich noch die Dinosaurier des westdeutschen Fernsehens: Richard Löwenthal, Werner Höfer und Lothar Loewe.

Loewe galt für uns als ausgemachter Provokateur. Ich erinnere mich da an die Liebknecht-Luxemburg-Demonstrationen im Januar. Loewe stellte sich mit einem Kamerteam vor einen Eingang der MfS-Zentrale an der Normannenstraße und filmte alle, die das Gebäude betreten oder verließen.

Bei Lothar Loewe konnte unserinem der Spaß vergehen – ►

PROVOKATEUR für die Staatssicherheit: TV-Journalist Lothar Loewe





SPIONE am Telefon: Der Ex-Springer-Verlagschef STREIT mit Tamm protokolliert: Peter Tamm stand unter Dauerkontrolle Auch sein Vize Prinz war Zielperson

so empfundenen Provokationsbau an der Mauer erfaßt werden.

Kein einziges wichtiges Gespräch entging uns, das darf ich heute mit Recht behaupten.

Wir kannten die Aufmacher und Schlagzeilen des nächsten Tages vorab, wir erfuhren von den aktuellen Auflagenzahlen der „Berliner Morgenpost“ und der „B.Z.“. Wir zapften die großen Schaltkonferenzen der „Bild“-Zeitung an. Wußten, welcher Reporter in Berlin-Ost heimlich fotografieren sollte, und kannten die Ablösung bestimmter Ressortleiter lange vor den Betroffenen.

Von größtem operativem Interesse war auch der erbitterte Machtkampf in der Springer-Verlagsspitze, als Peter Tamm und Günter Prinz in den Ring stiegen. Wir amüsierten uns über ihre Leidenschaften und Neigungen.

Doch es gab auch Springer-Leute, die uns schwer zu schaffen machten.

Werner Kahl, der intensive Kontakte zu unterschiedlichsten Geheimdiensten pflegte, war für unsere Auswertung eine harte Nuß. Kahl sprach in langen Telefonaten nur in Bildern, dies mit einer enorm leisen und monotonen Stimme.

Kahl, wirklich mit allen Wassern gewaschen, hatte nur eine Schwäche. Dies waren die verlagsinternen In-

trigen, über die er am Telefon im Klartext sprach. Und auch bei einem weiteren Thema nahm er kein Blatt vor den Mund: Immer wieder geißelte er die seiner Meinung nach niveaulosen Berichte im Kulturteil der Tageszeitung „Die Welt“.

Eine ganz andere Welt war für uns der „Spiegel“.

Das Hamburger Blatt hatte Ende der 70er Jahre mit dem „Spiegel-Manifest“ der DDR-Opposition um Rudolf Bahro riesige internationale Aufmerksamkeit und Anerkennung verschafft. Die SED um den gerade inthronisierten Erich Honecker, ebenfalls in dieser Zeit um weltweites Ansehen bemüht, kochte.

Seit damals war der „Spiegel“ für uns ein „Schwerpunktobjekt“. Spätestens seit Anfang der 80er Jahre wurde jeder erreichbare Anschluß, ob in der Zentrale oder in einem Außenbüro, abgehört.

Einen „speziellen Informationsbedarf“ hatte das MfS zu Rudolf Augstein. Der Kontrollauftrag vom 3. Januar 1984 verlangte neben den bisher angeforderten Telefonprotokollen über Redaktionsinterna und politische Kontakte jetzt auch Details aus dem Privatleben – Augstein, wie ihn zu seinem Glück nur wenige kennen.

Als Zielperson von höchster Wertigkeit stuften wir natürlich einen Journalisten wie den in der DDR akkreditierten „Spiegel“- ▶



EINST gern gesehen in den Wohnzimmern der DDR: Fernsehjournalist Joachim Jauer

Bis heute geheim: Reporter im Fahndungscomputer

Streng geheim!

HV/HA/selbst. Abt./BV III/1
 Abt./KD/OD _____
 Mitarbeiter Herzog

Berlin, 26. 5. 1981
 Tel. Tag 66 118 Nacht _____

Abteilung III/1
 Leiter _____

Bestätigt: *[Handwritten Signature]*

ZIELKONTROLLE – Antrag/Änderung *

0	4	0	8	2	8	4	8	1
---	---	---	---	---	---	---	---	---

Ordnungs-/Telefonnum./Postfach-Nr. Telefon-/Telefax-/Fernsprechnummer *

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	gehört	manuell decodiert	2197 decodiert	automatisch decodiert	Nej.	andere Quellen	X
--------------------------	--------------------------	--------	-------------------	----------------	-----------------------	------	----------------	---

handvermerkte Notizen/Anmerkungen zum Anschlag (Zielkontrolle entnehmen)

Begründung:
 - "Stern"-Journalist, der von gegnerischen Polizeikräften im Rahmen der Terrorismusbekämpfung in Fahndung steht.

[Handwritten Signature]
 Leiter der III/1 des. Hauptabteilung der MfS

[Handwritten Signature]
 Leiter der Abteilung MfS

* Zielkontrolle entnehmen

KLARNAME: Auf der Rückseite dieser Karte steht, welcher „Stern“-Journalist gemeint ist. Es handelt sich um den Reporter Gerhard Kromschöder

Redakteur Ulrich Schwarz ein. Da alle Details wichtig waren, schöpften wir eben auch seine Ehefrau am Telefon ab.

Schwarz beschäftigte neben uns auch noch andere MfS-Bereiche, wie der Kontrollauftrag Nr. 47086 beweist.

Die Hauptabteilung II/13, zuständig unter anderem für die Agenten-Anwerbung unter Journalisten, kümmerte sich intensiv um einen Kollegen von Schwarz. Hinter dem Vorgang mit dem Codenamen „Tarantel“ verbirgt sich der „Spiegel“-Journalist Dr. Rudolf Ringguth, seinerzeit Redakteur in der Kulturredaktion II. Über ihn wollte die Staatssicherheit erfahren, was sein Kollege Schwarz plante.

Journalisten, dies stellten wir in unserer täglichen Arbeit fest, waren umworbene Leute. Oft genug auch für unsere Gegenseite, den Bundesnachrichtendienst. Der Zielkontrollauftrag Nr. 15002 befaßte sich mit der nebenberuflichen Tätigkeit ei-

nes Auslandskorrespondenten, der dem Pullacher Geheimdienst angeblich mit Berichten und Analysen zur Seite stand.

Wir MfS-Leute fühlten uns wieder einmal bestätigt: Etliche westdeutsche Journalisten haben eine besondere Mission. Manchmal auch für eine ausländische Macht: Die SFB-Mitarbeiterin Carola S., so zeigte es der Abhörvorgang mit dem Codenamen „Blitz“, war ungemein dem amerikanischen Geheimdienst zugetan.

Meine „Tageskunden“ von einst sind mir erhalten geblieben, wenn ich allein an den 3. Oktober 1993 denke.

SFB-Chefredakteur Jürgen Engert, eine wichtige Zielperson, spricht an diesem Tag mittags im „Presseclub“ über Lust und Leiden an der deutschen Wiedervereinigung.

Dirk Sager, zu seinen Zeiten bei „Kennzeichen D“ umfassend von uns abgehört, bringt am Abend Horrorberichte aus Moskau. In den Straßen Szenen eines Bürgerkriegs. Es fallen Schüsse, es gibt Tote, eine Katastrophe bahnt sich an.

In Deutschland ist Ruhe. Wir feiern nicht. Wir begehen den Tag der Einheit. ■

PROTOKOLLIERT VON
 JOSEF HUFELSCHULTE



VERDACHT: Kromschöder als „Umfeldperson“ von Terroristen

STASI-AKTEN UNTER VERSCHLUSS

Das würde einen Aufstand geben

Sachsens Justizminister Heitmann für Auseinandersetzung mit DDR-Erbe

FOCUS: Kanzler Kohl würde die Stasi-Akten am liebsten schließen. Sie auch?

Steffen Heitmann: Nein, ich bin entschieden der Meinung, daß der gegenwärtige Weg der richtige ist. Darin bestätige mich auch Gespräche, die ich im Ausland geführt habe. Erst vor wenigen Tagen fragte ich einen polnischen Journalisten – die Polen haben ja einen ganz anderen Weg beschritten als wir – nach seiner Meinung. Er sagte mir: Es ist nicht besser bei uns. Der Weg der Deutschen ist richtig.

FOCUS: Ist die Sichtweise von Ost- und Westdeutschen unterschiedlich?

Heitmann: Da bin ich ganz sicher, das kann auch gar nicht anders sein. Wir Ostdeutschen haben 40 Jahre in diesem Staat gelebt. Das kann ein Westdeutscher nicht nachfühlen. Wir mußten damit leben, daß man bei jedem Telefongespräch nicht sicher war, ob es abgehört wird. Manche Leute haben Phobien davongetragen. Andere haben ganz gut damit gelebt. Ich zähle mich zu den letzteren. Ich habe im Rahmen der Kirche gearbeitet und hatte viel mehr Schutz als andere.

FOCUS: Wie würde eine Schließung der Akten im Osten aufgenommen?

Heitmann: Das würde einen Aufstand geben. 1990 wäre fast der Einigungsvertrag an der Frage gescheitert, wie man mit den Stasi-Akten umgeht. Die Menschen hier würden sich daran zurückentsinnen, was die friedliche Revolution 1989 und der Kern ihres Wollens war. Vielen war klar: Verzichteten wir auf die Auseinandersetzung mit dem schmutzigen Stasi-Erbe, dann können wir unsere Revolution gleich vergessen.

FOCUS: Die rechtsradikalen Überfälle auf US-Sportler in Oberhof haben erneut die Frage aufgeworfen: Wird

gegen solche Gewalttäter energisch genug vorgegangen?

Heitmann: Ich meine, wir sollten nun dringend darüber nachdenken, ob wir beim Haftrecht nicht Änderungen brauchen. Der Haftgrund der Wiederholungsgefahr muß erleichtert werden. Wenn zu befürchten ist, daß jugendliche Gewalttäter von Straftat zu Straftat schreiten, sollte man auch einmal in Kauf nehmen, daß sie bis zur Eröffnung des Verfahrens in Untersuchungshaft genommen werden. Daß der Betreffende jugendlich ist, darf nicht dazu führen, vorschnell mit dem Nachdenken aufzuhören.

FOCUS: Wollen Sie auch ein schärferes Jugendstrafrecht?

Heitmann: Nein. Obwohl die meisten rechtsradikalen Gewalttäter Jugendliche sind und oft mit milden Bewährungsstrafen davonkommen, halte

es für richtig, daß Gerichte die Möglichkeit haben, ihr Urteil auf den Reifegrad des Angeklagten abzustellen. Die Erfahrung zeigt, daß Jugendliche am ehesten resozialisiert werden können. Man sollte es vermeiden, sie durch hohe Haftstrafen in das kriminelle Milieu eines Gefängnisses zu bringen.

FOCUS: Die RAF ist offenkundig gespalten. Hat sich damit der von Klaus Kinkel eingeschlagene Kurs der „Versöhnung“ zwischen Staat und RAF als richtig erwiesen?

Heitmann: Ich habe den Begriff „Versöhnung“ nie für sehr angemessen gehalten. Terroristen können nicht Verhandlungspartner des Staates sein. Sie sind Straftäter wie alle anderen auch. Was sollte den Staat veranlassen, bei der RAF andere Maßstäbe anzulegen als gegenüber anderen Straftätern?

FOCUS: Vielleicht die Chance, nach 20 Jahren RAF-Morden und dürftigen Fahndungserfolgen das Phänomen RAF zu beenden.

Heitmann: Dieser Überlegung kann man nachgehen. Sie kann aber nur im Einzelfall von der dazu berufenen Stelle angestellt werden. Von Gerichten, den Landesjustizverwaltungen oder vom Bundespräsidenten, wenn ihm das Gnadenrecht zufällt. Dies in einen Gesamtvorgang einzubinden, halte ich für unzulässig.

FOCUS: Auch dann, wenn sich Persönlichkeiten wie Edzard Reuter oder Ignatz Bu-

bis als Vermittler anbieten?

Heitmann: Das ist völlig abwegig. Privatpersonen können bei rechtlich vorgegebenen Prüfungsvorgängen durch Behörden nicht „vermitteln“.



Kandidat und Minister

Der Dresdner Steffen Heitmann, 49, arbeitete in der DDR als Kirchenjurist. Er ist der einzige unter den Justizministern der neuen Länder, der aus dem Osten stammt. Die Union nominierte ihn als Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl im Jahr 1994.

INTERVIEW: HORST OHLIGSCHLÄGER/
ALEXANDER WENDT



MEHR ALS NUR BLECHSCHADEN: Der Zusammenstoß auf der Kreuzung kann die Beteiligten psychisch stark belasten

UNFALLSTUDIE

Das Trauma danach

Eine neue Untersuchung belegt: Selbst leichte Karambolagen verursachen psychische Probleme

Den 27. Oktober 1991 verflucht Sonja Jäger noch heute. An diesem Sonntag wurde die Stuttgarterin angefahren, als sie eine Straße überqueren wollte. Der Schädelbasisbruch und die gebrochenen Beine sind inzwischen verheilt.

Seelisch belastet der Unfall die 37jährige noch immer. „Die Bilder verfolgen mich wie ein schrecklicher Film“, klagt sie. „Ich bin jähzornig geworden. Wenn ich einen weißen Peugeot 205 sehe, werde ich noch heute total aggressiv. Seit dem Unfall habe ich mich verändert.“

Nicht nur Sonja Jäger. Die Psychologinnen Regina Steil und Heike Winter von der Universität Göttingen (Abteilung Klinische Psychologie) weisen in einer noch unveröffentlichten Studie nach: Mindestens jeder dritte Beteiligte leidet unter den psychischen Folgen eines Verkehrsunfalls, den sogenann-

ten posttraumatischen Belastungsreaktionen (PTB) – oft noch nach vielen Jahren.

Die Wissenschaftlerinnen befragten über 500 Menschen im Alter zwischen 17 und 80 Jahren: „Viel mehr Leute, als wir zu Beginn der Untersuchung vermuteten, sind von den psychischen Spätfolgen betroffen“, resümiert Heike Winter das Ergebnis.

Wie schwer der Unfall war, spielt dabei kaum eine Rolle. „Posttraumatische Belastungsreaktionen“, so Regina Steil, „treten bei Opfern von Bagatellunfällen ebenso auf wie bei Menschen, die ein schweres Unglück mit Verletzten oder gar Toten erlebten.“

Überdurchschnittlich häufig leiden Frauen an den psychischen Spätfolgen. Der Kreis der Betroffenen beschränkt sich allerdings nicht auf die direkt am Unfall Beteiligten. „Posttraumatische Belastungsreaktionen können auch mittelbar ausgelöst werden“, sagt Winter. Zuschauer eines Unfalls oder enge Verwandte eines Verletzten können ebenfalls in Mit-Leidenschaft gezogen werden.

Die seelischen Unfallfolgen äußern sich in quälenden Erinnerungen an das

Erlebte, Schlaf- und Konzentrationsstörungen, in Angstzuständen, Gereiztheit, Schweißausbrüchen, Verspannungen. Außerdem versuchen Betroffene mit allen Mitteln, die Erinnerungen an den Unfall zu verdrängen, Wiederholungssituationen zu umgehen.

Sonja Jäger etwa weigerte sich ein halbes Jahr lang, alleine über die Straße zu gehen. Unfallopfer, die einen Zusammenstoß als Beifahrer erlebt haben, wollen bei niemandem mehr mitfahren. Andere vermeiden die Strecke, auf der sich der Zusammenstoß ereignete, nehmen oft weite Umwege in Kauf. Manche setzen sich gar nicht mehr ans Steuer.

Ein Teufelskreis, weiß Heike Winter: „Vermeidungsverhalten verstärkt die Angst noch zusätzlich.“ Eine Therapie kann manchmal notwendig sein. Denn sicher ist: Posttraumatische Belastungsreaktionen wirken sich langfristig auf den Alltag und das Berufsleben aus.

Ein brisantes Thema. Wenn sich posttraumatische Belastungsreaktionen als Unfallfolgen bestätigen, könnte dies eine Lawine von Schadenersatzforderungen lostreten.

Auf deutschen Straßen verunglücken jeden Tag mehr als 6000 Menschen. Am 16. März dieses Jahres hat der Bundesgerichtshof „psychische Beeinträchtigungen“ als eine Unfallfolge anerkannt, die schadenersatzpflichtig ist (Aktenzeichen: VI ZR 101/92 – OLG Oldenburg, LG Oldenburg). ■

SUSANNE VIESER

CRASH-BILANZ	
Unfälle in Deutschland 1992	
ANZAHL	2 384 579
PERSONENSCHÄDEN	395 462
SCHWERER SACHSCHADEN	248 621
BAGATELLSCHÄDEN	1 740 496
Quelle: Bundesverkehrsministerium	



UNTERSUCHEN Unfallfolgen: Regina Steil (links) und Heike Winter (rechts)



DIE RÖNTGEN-CARD: speichert 70 Bilder

GESUNDHEIT

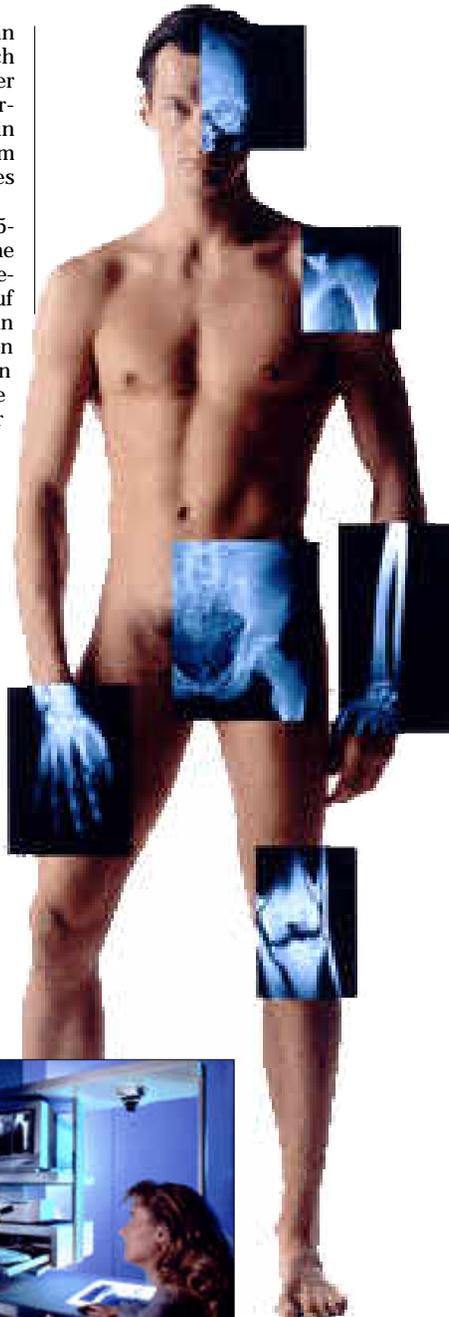
Knochen à la Card

Alle Röntgenbilder in der Hosentasche: Eine neue Plastikkarte aus Freiburg macht's möglich

Seit heute weiß die Welt, wie klein seine Revolution beginnt, nämlich genau scheckkartengroß“, sagt Walter Zahn. Der Mann mit den großen Worten und einer kleinen Softwarefirma in Freiburg will mit seiner Innovation im Hosentaschenformat das Zeitalter des digitalisierten Patienten einläuten.

Der Trumpf des Schwarzwälder 15-Mann-Unternehmens „VISIT“ ist eine unscheinbare Plastikkarte, die noch diesen Monat in Baden-Württemberg auf den Markt kommt. Im März wird sie in Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Hessen und Bayern, bis Herbst '94 im übrigen Bundesgebiet eingeführt. Auf der Karte kann der Besitzer seine Röntgenbilder speichern und bei jedem Arzt mit dem entsprechenden Lesegerät (Kosten: 3500 Mark) wieder abrufen lassen.

Zahn baut auf das Gesundheitsbewußtsein des Patienten. Denn Experten warnen immer häufiger vor den Langzeitfolgen hoher Strahlenbelastung. Ein Röntgenbild kann den Körper bei einer Mammographie bis zu 1500 Millirem belasten. Eine Strahlendosis von 30 Millirem pro Jahr ist der Grenzwert des Gesetzgebers für Belastungen durch Kern-



kraftwerke. Der Freiburger Radiologe Matthias Langer hat die Röntgen-Card mitentwickelt: „Es wird zuviel und unnötig geröntgt.“

Per Digital-Card hat der Patient künftig beim Arztbesuch in einer fremden Stadt seine komplette radiologische Vergangenheit dabei, kann dem Hausarzt Aufnahmen vom gebrochenen Oberschenkel aus dem Hospital am Skioort präsentieren, Kopien ziehen oder seine bisher aufgenommene Strahlendosis ablesen. 70 Bilder speichert die Karte, ca. 40 Röntgenfotos läßt der Durchschnittsdeutsche im Lauf seines Lebens von sich machen.

Die Röntgen-Card muß vorerst jeder selbst bezahlen (Preis 68 Mark, Jahresgebühr 45 Mark). Die Krankenversicherer flirtet bereits mit dem Kärtchen. Gerhard Dieter von der Kassenärztlichen Vereinigung Südbaden: „Die Kostenübernahme ist wahrscheinlich – allein aus finanziellem Anreiz für die Kassen.“

Den Milliardenmarkt mit dem Digital-kärtchen hatte auch der Chemiegigant Bayer gewittert und um die Lizenz gebuhlt. Kleinunternehmer Zahn lehnte ab. Die Freiburger wollen die Gewinne selbst einstreichen.

Ein Datenschutzmißbrauch soll nicht möglich sein. „PIN-Codes und ein auf der Karte codierter Fingerabdruck“, so Rechtsanwalt Peter Kühn, verhindern, daß das Patienten-Innenleben in falsche Hände gerät.

Nach der bundesweiten Einführung liebäugelt Zahn mit Lizenznehmern in Europa, USA, Japan. An einer „mehrsprachigen“ Karte wird getüfelt.

Um der Karteninflation in deutschen Portemonnaies entgegenzuwirken, soll die Röntgen-Card in einigen Jahren mit einer anderen Service-Card, z. B. einer Kreditkarte, gekoppelt werden. Ulrich Hauser, Marketingchef von VISIT: „Technisch bereits machbar.“ Sue Dornon, Pressefrau von American Express, schließt die Ehe zwischen Plastikgeld und Knochenbildern nicht aus: „Wir sind immer bereit für neue Technologien.“ ■



DER DIGITALISIERTE MENSCH: alles auf einer Karte. Vater der Röntgen-Card: Matthias Langer (links), Radiologe an der Uniklinik Freiburg

RÖNTGENAKTE IN DER HANDTASCHE: Mit der Plastikkarte kann der behandelnde Arzt die radiologische Vorgeschichte des Patienten auf dem Bildschirm abrufen





DER AUFSEHER: Kohls Mann fürs Geheime, Bernd Schmidbauer, reibt sich an den ihm unterstehenden Nachrichtendiensten



DER AUSSPÄHER: Der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Porzner fühlt sich als Chef des BND von Schmidbauer übergangen

IRAN-CONNECTION

Nicht pro Porzner

Reibereien zwischen Geheimdienst-Aufseher Bernd Schmidbauer und BND-Chef Porzner

Als Teherans Chef-Geheimdienstmann Ali Fallahian Anfang Oktober beim Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach bei München eintraf, verstimmte ihn das Protokoll. BND-Präsident Konrad Porzner war leider erkrankt, Pullachs Vize Paul Münstermann empfing den Gast.

Zwar traf der Perser in Volker Foertsch – Leiter der Abteilung 1 („Operative Aufklärung“) – doch noch einen hochrangigen Gesprächspartner für die Teheran-Connection. Aber aufdringliche Versuche, Porzner am Krankenbett aufsuchen zu dürfen, scheiterten. Und in der angepeilten Münchner Nobelherberge war für eine – ohnehin unerwünschte – Besuchsverlängerung kein Zimmer frei. Fallahian reiste nach Bonn.

Das Nachspiel fand am 28. Oktober von 16.30 Uhr bis 20.30 Uhr im abhörsicheren Kellerraum P042 unter dem neuen Plenarsaal statt. Da mußte der Staatsminister und BND-Aufseher Bernd Schmidbauer vor der Parlamen-

tarischen Kommission zur Kontrolle der Nachrichtendienste (PKK) den Vorwurf mangelhaften politischen Gespürs parieren. BND-Chef Porzner war aus Prag kommend direkt am Rhein eingeflogen.

Beide überstanden die bohrenden Fragen zur Teheran-Connection unbeschädigt, Schmidbauer sogar „mit Bravour“ (ein PKK-Mitglied).

Dennoch hängt der Hausseggen schief zwischen Bonn und Pullach. Schmidbauer (CDU) argwöhnt Informanten sowohl im BND als auch im Kanzleramt, die ihm nicht wohl wollen. Selbst von konservativen Journalisten fühlt er sich verfolgt. Porzner (SPD) fühlt sich vom BND-Aufseher Schmidbauer teils über-, teils hintergangen. Zwischen beiden, doch nicht pro Porzner, agiert Volker Foertsch (BND-Arbeitsname „Fleming“).

Der Endfünfziger möchte – falls Paul Münstermann (CSU) 1994 nach seinem 62. Geburtstag den Ruhestand wählt – Vizepräsident in Pullach wer-

den. Für den Fall, daß Konrad Porzner, 58, – bei CDU/CSU wohlgefallen, doch im eigenen SPD-Lager nicht unumstritten – frühzeitig aus dem Amt schiebe, rechnet sich der forsche Foertsch gar Chancen auf den Chefsessel aus.

Volker Foertsch, Chef der mit 1900 Mitarbeitern größten BND-Abteilung (BND insgesamt: etwa 7000) gilt als „tüchtig im Beschaffungsbereich“ (Schmidbauer), aber nicht gerade entscheidungsfreudig. Ein BND-Insider: „eine alte Kaffeetante“.

Politisch glaubt der Geheimdienstmann für seinen Aufstieg vorgesorgt zu haben. Die FDP verließ er Mitte der 80er Jahre, doch sein Draht zum früheren BND-Präsidenten und heutigen FDP-Chef Klaus Kinkel ist intakt. Im Gespräch mit Unionspolitikern gibt sich Foertsch stramm konservativ.

Was Schmidbauer nicht hindert, in kleinem Kreis über seinen Pullacher Hilfspfleger zu urteilen: „Der wird weder Präsident noch Vizepräsident.“ Auch das muß nicht das letzte Wort sein. Schmidbauer wäre schließlich nicht der erste Politiker, der in der „Schlangengrube BND“ (so der verstorbene BND-Aufseher Lutz Stavenhagen) unterginge.

In schwerem Kreuzfeuer wegen seiner Informationspolitik zu den mysteriösen 2000 Stasi-Dossiers (FOCUS 28) hatte der Staatsminister schon einmal geäußert: „Wenn mir das alles zu dumm wird, gehe ich einfach ein paar Türen weiter und schmeiße die Brocken hin.“

Ein paar Türen weiter, auf demselben Flur, sitzt Helmut Kohl. ■

„WENN MIR DAS ALLES ZU DUMM WIRD, GEHE ICH EINFACH EIN PAAR TÜREN WEITER UND SCHMEISSE DIE BROCKEN HIN“

BERND SCHMIDBAUER
GEHEIMDIENSTKOORDINATOR



Schreinemakers live

Norbert Blüm
„Er ist so ein niedlicher, kleiner, knuffliger Mensch, der eine ungeheure Gabe hat, sich darzustellen.“

— m —
 David Copperfield
„Ich bin mir ziemlich sicher, daß er sch..., also viel zu schön ist, um Frauen glücklich zu machen.“

— MARGARETHE SCHREINEMAKERS IM „BUNTE“-INTERVIEW —

Marcel Reich-Ranicki
„Wenn ich den zu Gast hätte, würde ich nicht über Bücher reden, sondern über junge Frauen. Ich habe das Gefühl, damit kann er etwas anfangen.“

— m —
 Thomas Gottschalk
„Den kann ich mir nicht mal nackt denken.“

Brötchen von der Treuhand-Chefin

„Bisher habe ich erfolgreich vermieden, mit meiner Mutter identifiziert zu werden“, sagt Nikolaus Breuel, 33, ältester Sohn von Treuhand-Chefin Birgit Breuel.

Den Vergleich mit der mächtigen Mama scheut der Junior nun besonders. Auch der promovierte Jurist engagiert sich in den neuen Ländern.

Seit 1. November ist der Filius der Top-Unternehmerin Doppelgeschäftsführer der Berliner und Mitteldeutschen Bahnreinigung (mehr als 2000 Beschäftigte), beides Töchter der Deutschen Reichsbahn.

Auf die Frage nach Mütters Unterstützung bei der Jobsuche kann Nikolaus Breuel nur lachen: „Ich gehe meinen eigenen Weg.“

Der selbstbewußte Jung-Manager kommt allerdings doch nicht ganz ohne mütterliche Hilfe aus. Morgens um fünf schmirt Frühaufsteherin Birgit Breuel ihrem Sohn in der gemeinsamen Zweizimmerwohnung am Potsdamer Platz die Brötchen.



Wohnen zusammen am Potsdamer Platz: Birgit Breuel und Sohn Nikolaus

Grüner Scherz

Spontan, wengleich im Scherz, verlangte Manfred Scholz, 56, Präsident der Bayerischen Industrie, Unternehmer und bislang parteilos, nach einem Aufnahmeantrag für die Grünen.

Der Grund: Tom Koenigs, 49, grüner Kämmerer der Acht-Milliarden-Schulden-Stadt Frankfurt, erläuterte Scholz nach einer Talkshow im Bayerischen Fernsehen sein Geheimrezept für die Haushaltssanierung – Marktwirtschaft, Effizienz und Privatisierung.

Gefiel: T. Koenigs
 Übrigens: Trotz rot/grüner Römer-Koalition läßt sich Stadtkämmerer Koenigs von einem Deutschbanker beraten, und der ist Mitglied der CDU.



Entscheidungsfreudig: Altbundespräsident W. Scheel

Polit-Rentner mit Schreibtischecke

Altbundespräsident Walter Scheel, 74, plädiert für mehr Bescheidenheit bei den Umzugsplänen der Bonner Spitzenpolitiker nach Berlin.

Die endlose Diskussion um die „Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments“ in der neuen Hauptstadt kann der Polit-Rentner (21 Jahre im Bundestag) und Ehrenvorsitzende der FDP nicht nachvollziehen.

Der Wahl-Münchner: „Auch ich war mal Mitglied eines Parlaments und mußte mich anfangs mit der Ecke des Schreibtischs eines älteren Kollegen begnügen. In diesen vier Jahren habe ich mehr entschieden als der heutige Bundestag insgesamt.“



ABGESCHOBEN: Eine junge Frau aus Sri Lanka wird zwangsweise per Flugzeug nach Hause zurückgeschickt

ADIEU LIBERTÉ?

Unter dem Vorwand, Frankreichs Gesetze an EG-Recht anzugleichen, geht die konservative Regierung hart gegen Ausländer und Asylanten vor und ändert nun erstmals seit der Revolution die liberale Verfassung



GELOBTES LAND: Unterkunft von schwarzafrikanischen Asylbewerbern in Paris



VOR DEM ABRISS: Lager von rumänischen Roma in Nanterre

LEBEN WIE AUSLÄNDER IN FRANKREICH



STRASSENGEBET: Vor einer Moschee verneigen sich Muslime gen Mekka



UMZINGELT: Die Polizei räumt Flüchtlingszelte in Vincennes



ABGELEHNT: Romafräulein mit Asylantrag

VON ANNA-PATRICIA KAHN
UND SOPHIE ELBAZ (FOTOS)

Die Rue des Islettes liegt im grauen Abenddunst. Berufsverkehr. Plötzlich quietschen Autoreifen, Polizeisirenen heulen, und blaues, pulsierendes Licht flackert an allen Straßenecken.

Eine Frau drückt ihr verschrecktes Kind an sich. Gaffer stehen wie angewurzelt auf dem Bürgersteig und beobachten die vergitterten Busse, die von allen Seiten herankommen.

„Die haben zuviel Hollywoodfilme gesehen“, kommentiert einer das hektische Polizeiaufgebot.

Innerhalb weniger Minuten ist das Viertel von allen Seiten abgeriegelt. Ein bärtiger Mann in langem, weißem Gewand kriecht auf den Knien vor den blitzblank geputzten Kampfstiefeln eines Polizisten und murmelt „Allah hou ...“ Ein knappes „halt's Maul“ bringt ihn zum Schweigen.

Jugendliche stehen mit erhobenen Händen an der nächsten Hauswand, die Gesichter an die graffitiverschmierten Steine gepreßt. Sie werden nach Waffen und Rauschgift durchsucht. Auch Frauen werden kontrolliert. Das hier ist nicht die Kasbah von Algier oder Gaza während der Intifada. Das ist eine Razzia in Paris.

Rund um die Metrostation Barbès-Rochechouart, im Herzen der Stadt, liegt das Viertel der Goutte d'Or, ein altes Arbeiterquartier. Heute drängen sich in der historischen Kulisse der Romane von Emile Zola Einwanderer, machen Polizisten und Beamte der paramilitärischen CRS Jagd auf Illegale.

Seit August dieses Jahres dürfen sie „präventive Identitätskontrollen“ durchführen. Die Verordnung wurde von dem umstrittenen Innenminister Charles Pasqua erlassen mit dem Ziel, die Kriminalität in Frankreichs Hauptstadt zu bekämpfen. Endziel der Maßnahme, so Pasqua, ist es aber auch, „die Einwanderung auf den Nullpunkt zu bringen“.

„Das heißt“, sagt die 18jährige Fatima, die aus dem Barbès-Viertel stammt, „daß wir zweimal pro Woche so einen Auftritt erleben. Jeder mit dunkler Haut wird kontrolliert. Ich auch. Und jedesmal sind die verblüfft,

wenn ich meinen französischen Paß zeige. Ich bin eben eine echte Barbesoise, obwohl meine Eltern aus Algerien stammen.“

Vollgestopft mit Menschen, die keine Papiere bei sich hatten, schaukeln die Busse zurück zur Préfectur.

Im Land, das die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ als erstes auf seine Fahne geschrieben hat, spaßt man nicht mit den Sicherheitsvorschriften: Bereits eine Stunde nach Beginn der Aktion verbreitet das Radio die Polizeibilanz: „112 Verhaftungen, darunter 60 illegale Einwanderer.“ Wer ohne Aufenthaltserlaubnis geschnappt wird, kann dem Gesetz nach abgeschoben werden und darf ein Jahr lang nicht nach Frankreich zurückkehren.

In der Goutte d'Or geht auch an diesem Abend das bunte Leben am Rand der Legalität weiter, als sei nichts geschehen. An der Ecke der Rue Myrha verkaufen Heroindealer ungeniert ihren Stoff, der Apotheker verteilt an Süchtige kostenlose Einwegspritzen, und aus dem kleinen Kräuterparadies seines Konkurrenten, eines afrikanischen Wunderheilers, strömen exotische Düfte.

In der Goutte d'Or wohnen doppelt so viele Ausländer wie in den übrigen Bezirken der Hauptstadt. Die letzte Volkszählung ergab, daß 36 verschiedene ethnische Gruppen nebeneinander leben. Alles, was es im Orient gibt, wird hier verkauft: Kostüme für Bauchtänzerinnen, Koranbände, Videos aus der unerschöpflichen ägyptischen Produktion, Gebetsteppiche, Bilder der heiligen Stätten des Islam.

Die Rue de la Goutte d'Or beherbergt ein Prachtexemplar des schlechten Geschmacks postmoderner Architektur: das Polizeirevier. Sonst ist Barbès ein Slum, wohin freiwillig kaum ein Franzose geht. In Treppenhäusern und Hinterhöfen häufen sich Müllberge, die Mauern sind mit Graffiti überzogen. Hier haben Aktivisten der algerischen Fundamentalisten (FIS) ihre Hochburg. Nach dem Gebet in der Moschee an der Rue Poncelot propagiert Le Front Islamique du Salut die Errichtung einer islamischen Republik in Algerien.

In der Nacht, sagt Karima, die mit ihren drei Kindern und ihrer alten Mutter in zwei winzigen Zimmern haust, könne sie durch ihr Fenster zum Hof beobachten, wie die Obdachlosen die zubetonierten Eingänge gegenüber aufmeißeln. Dort verkriechen sie sich in Häusern, die zu sanieren die Stadt versprochen hat. Im Irrgarten der Gassen verlieren sich die Illegalen, die untergetauchten Ausländer, diese blin- ▶

Passagiere des Wohlstands, die an die Grenze geschafft werden, wenn man sie schnappt. Über ihre Zahl gibt es nur Vermutungen: Sie reichen von 50 000 bis zu einer Million.

Mit der Illegalität aber lassen sich auch Geschäfte machen: In der Rue des Gardes erzählt man hinter vorgehaltener Hand, daß Vertreter der staatlichen Bau- und Renovierungsbehörde winzige Zimmer an illegale zu Phantasiepreisen vermieten. Und vor einer Filiale der Billigklamotten-Kette „Tatie“ wird auf offener Straße auf dem Marché aux Voleurs verkauft, was zuvor gestohlen wurde. Der Markt der Diebe bildet die Grenze, die das Paris der neuen Einwanderer von dem der alteingesessenen Bürger trennt.

Einer von ihnen ist Gérard Fontaine, Wirt des Bistros „Au Bordelais“. Er ist Herz und Kochlöffel einer Kneipe, die nur von Stammkunden, Arbeitern und Angestellten des Viertels zum Aperitif und zum geheiligten Mittagessen betreten wird. Der Patron, ein kleiner, hektischer Mann, sagt: „Man soll doch das ganze Pack, Blacks und Beurs (Schwarze und Araber), auf ein Schiff laden, aufs offene Meer fahren und dort versenken. Damit wäre das Problem ein für allemal gelöst.“

Alles hätten „sie“ ihm gestohlen, erst den BMW, dann sein Motorrad, beklagt der überzeugte Anhänger des radikalen Jean-Marie Le Pen, dem Führer der rechtsextremen Front National. Aber bald, meint der Wirt, werde wieder Ordnung herrschen, nachdem sich Polizei und Innenminister Pasqua die politische Taktik des großen Einwanderungs-bekämpfers Le Pen zu eigen gemacht hätten: Ausländer raus!

Anfang Oktober wurden die Medien zur Premiere der „Operation Faustschlag“ („Libération“), der Offensive gegen Kriminelle und illegale, in die U-Bahn-Station Les Halles eingeladen. Den Bericht darüber



POLIZEIPRÄSENZ: Pariser Ausländerviertel Goutte d'Or

sah die Nation mit bester Einschaltquote in den Abendnachrichten. Die Botschaft wurde jedem klar: Die neue konservative Regierung schützt die Franzosen vor Gesindel.

Verantwortlich für diesen Polit-schwenk ist der Resistance-Kämpfer und ehemalige Pastis-Vertreter Pasqua. Sein strammer Umgang mit dem Thema Ausländer und Asyl ist ein gewagter Balanceakt. Der Sohn eines Polizisten aus Korsika meint wohl, daß seine Ordnungshüter keine Überwachung brauchen. Die demonstrative Premiere der neuen Polizeigangart war auch der letzte Einsatz, bei dem Journalisten und Fotografen erwünscht waren.

Seit dem Sturm auf die Bastille 1789 ist Frankreich – und vor allem Paris – für Generationen von Flüchtlingen in Europa eine sichere Adresse gewesen. Und andererseits wäre Paris nicht die kulturelle Metropole geworden, die es jahrelang war, ohne die Emigranten

aus Rußland, Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und später aus Indochina und anderen ehemaligen Kolonien.

Hat Frankreich nun aufgehört, ein Land für Asyl-suchende zu sein? Nathan Bebe Missipo, 34, aus Kamerun, Physiklehrer am Gymnasium Jacques Prévert in Boulogne bei Paris, zögert: „Nein, aber es wird immer weniger.“ Die Tür geht auf, und im Café neben dem Gymnasium erscheint auf

geregt winkend ein Schüler mit einer Telexmeldung: „Monsieur, Monsieur, Sie haben gewonnen!“ Nathan wird nicht abgeschoben.

Nachdem Lehrer, Schüler und Eltern mit Streik gedroht hatten, gab das Innenministerium schließlich nach. „In Menschen wie Nathan haben wir drei Jahre lang viel Geld investiert. Ohne ihn könnten die 96 Schüler ihre Prüfungen nicht schaffen“, erklärt Jean-Jacques Richard, ein Kollege von Nathan.

Der Fall von Nathan ist eine Ausnahme, ebenso wie der von Tabu Ley. Der 53jährige Musiker aus Zaire wird als Seigneur Rochereau in der internationalen Rumba-Szene verehrt. Nach seinem vierjährigen Aufenthalt in Frankreich weigerte sich die Einwanderungsbehörde, seinen Asylantrag zu genehmigen. Warum, so fragten die professionellen Asyljuroren, habe er nicht früher nachgefragt? Beweise für seine politische Unterdrückung mußten vorgelegt werden. Seigneur Rochereau: „Beweise? Was brauchen sie mehr zu wissen, als daß Mobutu alle Künstler ermorden ließ?“

Die Beweisführung zum Asylantrag ist in der Tat schwierig. Die Illegalen, die am Flughafen in Roissy ankommen, werden mit Handschellen und unter Polizeiaufsicht in das Hotel „Arcade“ verfrachtet, eine Art Zwischenlager. In dieser Zone d'Attente machen Gitter vor den Fenstern eine Flucht unmöglich. Die französische Journalistin Anne Tristan reiste mit falschen Papieren von ▶

WENIGER AUSLÄNDER



Von der Quantität her ist die Ausländerproblematik in Frankreich bei weitem nicht so brisant wie in Deutschland. Zwar erhielten in Frankreich geborene Ausländer bis März 1993 automatisch die französische Staatsbürgerschaft (nunmehr muß man sie formell

beantragen). Trotzdem liegt die Einbürgerungsquote der letzten Jahre in Deutschland höher. Zudem hielten sich Ende 1992 in Deutschland 827 000 Flüchtlinge auf – ohne die 580 000 Asylbewerber. In Frankreich aber waren es nur 182 000 Flüchtlinge.

Haiti nach Paris und beschrieb in ihrem Buch „Clandestine“, wie penibel und lückenlos die Beweisführung eines politischen Verfolgtensein muß, um als Flüchtling anerkannt zu werden. Ein Verfahren, bei dem Beamte nicht selten raffinierten Lügengespinnten ehemaliger Folterknechte auf den Leim gehen, während sie tatsächliche Folteropfer abweisen.

Als sicheres Herkunftsland zählt den neuen Bestimmungen nach auch Rumänien, das vor kurzem in den Europarat aufgenommen wurde. Aus Temesvar und Craiova stammen die 800 Roma, die – ein Dorn im Auge des Innenministeriums – am Rand der Stadt Nanterre kampieren. Nur ein paar Kilometer von dem Monumentalbogen der Brüderlichkeit La Grande Arche entfernt, hausen sie in abgewirtschafteten Wohnwagen unter einer U-Bahnbrücke. Durch die Beine der Kinder huschen wohlgenährt die Ratten.

Hier soll im Januar mit dem Bau eines weiträumigen Autobahnkreuzes begonnen werden, um den Straßenverkehr zwischen Paris und Nanterre zu entlasten. Genau in der Mitte des Bauplans liegen die Romalager. Ein Angestellter der Bezirksbaubehörde schaut immer wieder mal vorbei und kontrolliert, „ob sie sich weiter auf dem Gelände ausgebreitet haben“.

„Kommt jetzt die Polizei?“ fragen Kinder und Frauen und zeigen ihre abgelehnten Asylanträge. Viele von ihnen waren nach wiederholten Pogromen aus Rumänien geflüchtet. So Johann Bot. Er hatte den Behörden dort auch noch Geld dafür gezahlt, daß sie seinen Paß zurücknehmen, denn als Staatenloser, so sagte man, habe er in Frankreich bessere Chancen, als Asylant anerkannt zu werden. Den Rest seiner Ersparnisse gab Bot einem Schlepper, der ihn durch Deutschland und Österreich nach Paris lotste.

Aus Rumänien kommen nun beunruhigende Mel-



„HÄNDE WEG von meinem Kumpel“ wirbt SOS Racisme

dungen. In der Stadt Hadaredi, so berichteten Augenzeugen und Journalisten, seien 17 Häuser, in denen Roma wohnten, angezündet worden, und zwei Familien seien darin verbrannt.

Nanterre bei Paris will auch die Roma loswerden: Vor einem Jahr versuchte man, sie möglichst weit in der Provinz unterzubringen, in Neuville-sur-Ain. Doch die Dörfler schütteten Tonnen von Beton in die Quartiere und machten sie unbrauchbar. Neuville blieb romafrei.

Die französische Regierung bietet deshalb nun Roma, die freiwillig nach Temesvar zurückkehren, 900 Mark pro Kopf plus 300 Mark über die französische Botschaft nach Ankunft in Rumänien. „Humane Rückführung“ nennen es offizielle Stellen.

Doch die Roma sind nur ein kleiner Teil der Ausländer in Frankreich. Die meisten Flüchtlinge kommen aus den ehemaligen französischen Kolonien, aus dem Maghreb und aus Schwarz-

afrika, und bevölkern nun die traditionellen Pariser Armenviertel von Belleville und Goutte d'Or.

Der Polizeisturm auf den Stadtteil Goutte d'Or ist vorbei. Bei „Tatie“ ist Ladenschluß. Die Lichter in den afrikanischen Schneiderstuben gehen aus, und flüchtige Schatten huschen schnell an Fatimas Haustür vorbei.

Mit ihrem Freund steht sie draußen und zieht hastig den Rauch ihrer Zigarette

ein. Fatima, die Französin aus Barbès, genießt die Pariser Nacht. Mit einem süß-säuerlichen Lächeln rechnet sie so vor sich hin: „Heute ist Montag, na dann haben wir noch zwei Tage Ruhe, bis die wieder einmarschieren.“

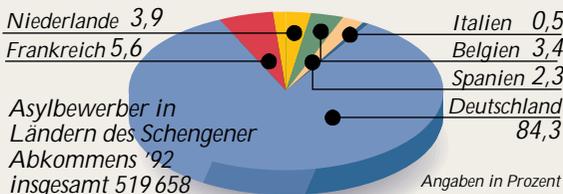
Innenminister Pasqua, einst Gegner der Verträge von Maastricht, entwickelt sich nun zum glühenden Europabefürworter. Das Abkommen von Schengen soll die Reisefreiheit zwischen den europäischen Ländern sichern, und dazu muß das Prozedere von Asylanträgen europaweit einheitlich geregelt werden. Fortan soll gelten: Wer in einem europäischen Partnerland abgewiesen wird, darf seine Bitte in keinem anderen wiederholen. Um dies zu erreichen, muß Charles Pasqua die Verfassung ändern. In der Präambel hat sich die Heimat von Voltaire und Rousseau verpflichtet, einem politisch verfolgten Menschen Asyl zu gewähren. Am 20. November soll die Neufassung ratifiziert werden: Dann ist Frankreich nicht mehr zu dem verpflichtet, was seinen Ruf als Hort der Freiheit mitbegründet hat.

Auf den Straßen von Paris blickt Pasquas einstiger Held stolz von den Plakatawänden: Général de Gaulle während des Zweiten Weltkriegs, lebensgroß auf einem Foto im britischen Exil. „Gott sei Dank“, steht auf den Plakaten zu lesen, „hat man 1940 in anderen Ländern das Asylrecht respektiert.“

Siehe auch Brennpunkt „Migration“ auf der folgenden Doppelseite

VERSCHÄRFTE IMMIGRATION

- Wenn ein Asylbewerber bereits in einem anderen Unterzeichnerland des Schengener Abkommens abgelehnt worden ist, bekommt er keine Gelegenheit mehr, in Frankreich einen Asylantrag zu stellen.
- Die Aufenthaltsgenehmigung kann jederzeit widerrufen werden, wenn der Ausländer eine „Bedrohung der öffentlichen Ordnung“ darstellt.
- Ausländer können jetzt erst nach zwei Jahren ihre Familie nachholen, die restlichen Mitglieder müssen auf einmal geholt werden; ausreichend Wohnraum und Einkommen müssen zuvor nachgewiesen werden.
- Illegale Ausländer, die abgeschoben werden, dürfen ein Jahr lang Frankreich nicht mehr betreten. Verweigern sie die Abschiebung, werden sie inhaftiert, und es droht ihnen ein zehnjähriges Landesverbot.
- Die Krankenkassen können sich bei der Polizei über die Rechtmäßigkeit des Aufenthalts von Ausländern informieren. Bei illegalem Aufenthalt zahlen sie keine Behandlungskosten.



Focus-Magazin/Quelle: OHPRA

MIGRATION

Jedes Jahr verlassen mehr als sechs Millionen Menschen ihre Heimatländer. Überbevölkerung, Armut und Hunger, Kriege und Umwelterstörung lassen den Migrantenstrom ständig anschwellen

Mehr als 100 Millionen Menschen leben aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen in einem Land fern ihrer Heimat: immerhin zwei Prozent der Weltbevölkerung. Zunehmend zerstören Überschwemmungen, Versteppung und Ausbreitung der Wüsten ihren Lebensraum: Allein während der großen Dürre der Jahre 1968 bis 1973 dehnte sich die Sahara um bis zu 100 Kilometer

nach Süden in die Sahelzone aus. Die gleichen Ursachen vertreiben Menschen innerhalb ihres Heimatlands. Mindestens 20 Millionen Binnenflüchtlinge gibt es weltweit, die Hälfte davon in Afrika. Ein neues, riesiges Migrantepotential birgt Osteuropa: Nach einer Umfrage der EG vom Februar 1993 wollen fast 20 Millionen Osteuropäer zumindest „wahrscheinlich“ nach



AUF DER SUCHE NACH NAHRUNG: Exodus aus der äthiopischen Provinz Tigre. Rund 1,2 Milliarden Menschen leben in Gegenden, die nur die Hälfte der ansässigen Bevölkerung ernähren können.



AUF DER SUCHE NACH ARBEIT: Albanische Immigranten stürmen, um nach Italien zu kommen, den Hafen von Bari. Rund 80 Millionen Menschen verdienen ihr Geld fern der Heimat. Pro Jahr überweisen sie 70 Milliarden Dollar nach Hause.



AUF DER SUCHE NACH FRIEDEN: Georgier flüchten vor dem Bürgerkrieg in die Berge. Mehr als 18 Millionen Menschen sind weltweit vor politischer Verfolgung oder einem der über 50 Kriege und bewaffneten Konflikte auf der Flucht.

UMKEHRUNG DER FLUCHTBEWEGUNG

1750-1880 30 Millionen Migranten. Hungersnöte, religiöse und politische Intoleranz, Revolutionen (1789 und 1848) führen zum Exodus aus Europa.

1880-1940 97 Millionen Migranten. Die Russische Revolution, Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg zwingen die Menschen zur Flucht.

1945-1970 100 Millionen Migranten. Kriege, der Ost-West-Konflikt und die zerfallenden Kolonialreiche vertreiben die Menschen aus ihrer Heimat.



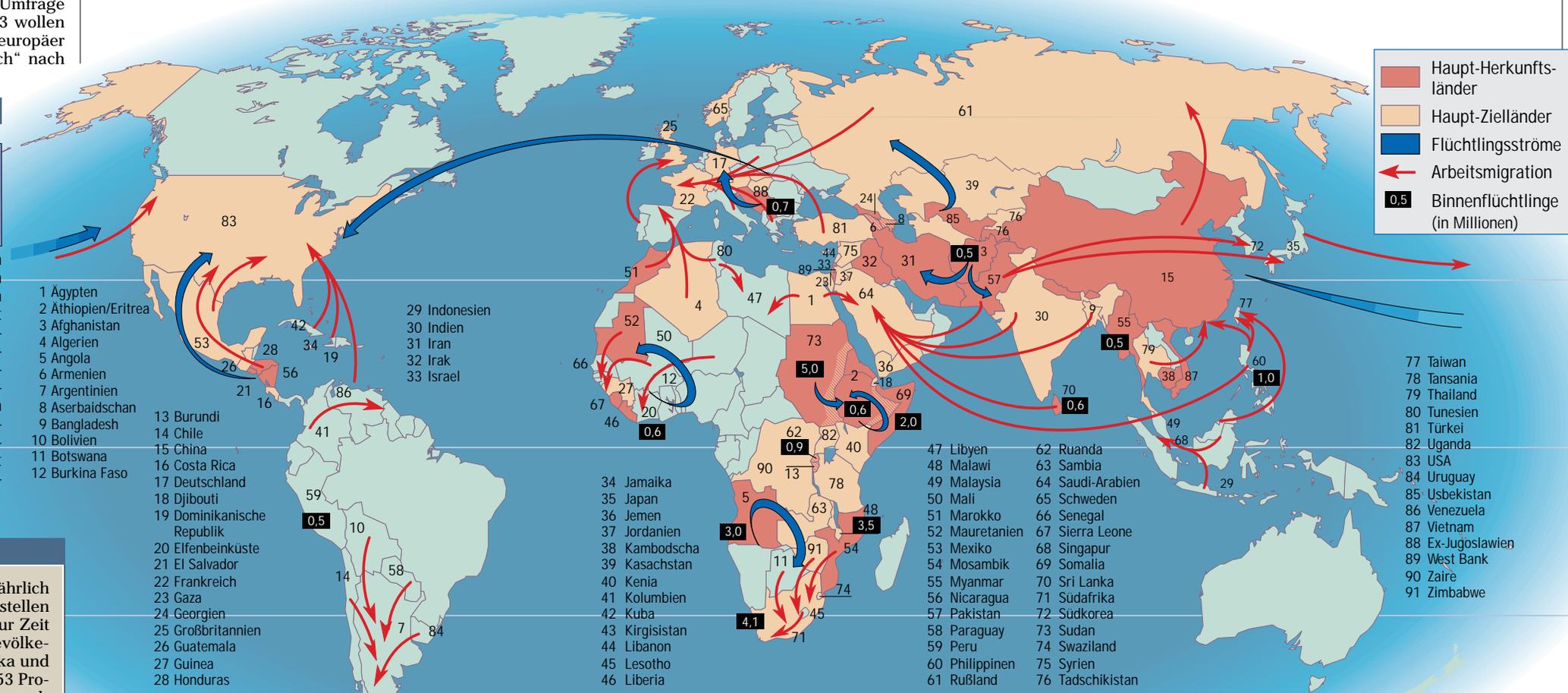
1970-1993 120 Millionen Migranten. Der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan (1979) führt zur Flucht von fünf Millionen Menschen. Seit Beginn der 80er Jahre kommen immer mehr Flüchtlinge nach Europa: in den letzten zwölf Jahren 15 Millionen. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien hat bisher vier Millionen Menschen heimatlos gemacht.

MOTOR DER FLUCHT

Die Bevölkerungsexplosion wird die Zahl der Menschen auf der Erde nach Berechnungen des Bevölkerungsfonds der UNO schon im Jahr 2050 auf zehn Milliarden anwachsen lassen, fast doppelt soviel wie heute. Andere Prognosen gehen sogar von fast 15 Milliarden Menschen aus. Entsprechend wachsen Not und Elend.

Mit einer Zunahme von jährlich 87 Millionen Menschen stellen die Entwicklungsländer zur Zeit 95 Prozent des Weltbevölkerungswachstums, auf Afrika und Südasien entfallen dabei 53 Prozent. Jedes Jahr kommen so allein in der Dritten Welt 38 Millionen Menschen zum Heer der bereits 700 Millionen Arbeitssuchenden hinzu.

WEGE DER VÖLKERWANDERUNG



- Haupt-Herkunftsländer
- Haupt-Zielländer
- Flüchtlingsströme
- Arbeitsmigration
- 0,5 Binnenflüchtlinge (in Millionen)

- 1 Ägypten
- 2 Äthiopien/Eritrea
- 3 Afghanistan
- 4 Algerien
- 5 Angola
- 6 Armenien
- 7 Argentinien
- 8 Aserbaidschan
- 9 Bangladesch
- 10 Bolivien
- 11 Botswana
- 12 Burkina Faso
- 13 Burundi
- 14 Chile
- 15 China
- 16 Costa Rica
- 17 Deutschland
- 18 Dschibuti
- 19 Dominikanische Republik
- 20 Elfenbeinküste
- 21 El Salvador
- 22 Frankreich
- 23 Gaza
- 24 Georgien
- 25 Großbritannien
- 26 Guatemala
- 27 Guinea
- 28 Honduras
- 29 Indonesien
- 30 Indien
- 31 Iran
- 32 Irak
- 33 Israel

- 34 Jamaika
- 35 Japan
- 36 Jemen
- 37 Jordanien
- 38 Kambodscha
- 39 Kasachstan
- 40 Kenia
- 41 Kolumbien
- 42 Kuba
- 43 Kirgisistan
- 44 Libanon
- 45 Lesotho
- 46 Liberia
- 47 Libyen
- 48 Malawi
- 49 Malaysia
- 50 Mali
- 51 Marokko
- 52 Mauretanien
- 53 Mexiko
- 54 Mosambik
- 55 Myanmar
- 56 Nicaragua
- 57 Pakistan
- 58 Paraguay
- 59 Peru
- 60 Philippinen
- 61 Rußland
- 62 Ruanda
- 63 Sambia
- 64 Saudi-Arabien
- 65 Schweden
- 66 Senegal
- 67 Sierra Leone
- 68 Singapur
- 69 Somalia
- 70 Sri Lanka
- 71 Südafrika
- 72 Südkorea
- 73 Sudan
- 74 Swaziland
- 75 Syrien
- 76 Tadschikistan
- 77 Taiwan
- 78 Tansania
- 79 Thailand
- 80 Tunesien
- 81 Türkei
- 82 Uganda
- 83 USA
- 84 Uruguay
- 85 Usbekistan
- 86 Venezuela
- 87 Vietnam
- 88 Ex-Jugoslawien
- 89 West Bank
- 90 Zaire
- 91 Zimbabwe

NORDAMERIKA	SÜDAMERIKA	AFRIKA	EUROPA	NAHER OSTEN	ZENTRALASIEN	ASIEN, OZEANIEN
Flüchtlinge: 1,4 Millionen Arbeitsmigranten: 17 Millionen Gesamt: 18,4 Millionen	Flüchtlinge: 500 000 Arbeitsmigranten: 12 Millionen Gesamt: 12,5 Millionen	Flüchtlinge: 6,0 Millionen Arbeitsmigranten: 20 Millionen Gesamt: 26 Millionen	Flüchtlinge: 4,4 Millionen Arbeitsmigranten: 20 Millionen Gesamt: 24,4 Millionen	Flüchtlinge: 5,6 Millionen Arbeitsmigranten: 7,0 Millionen Gesamt: 12,6 Millionen	Flüchtlinge: 3,0 Millionen Arbeitsmigranten: mind. 1,5 Mio. Gesamt: 4,5 Millionen	Flüchtlinge: 400 000 Arbeitsmigranten: 9,0 Millionen Gesamt: 9,4 Millionen